

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

4
2014

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

LESER-REISE

Rätselhaftes
Rumänien

DER CHEF HAFTET

Geschäftsführer
sind (immer) dran

CYBERKRIMINALITÄT

Die Fälle
häufen sich

EUROPAWAHL AM 25. MAI
Europa ja,
aber nicht so?

**JETZT
TESTEN!**



ab 9,99 €/Monat zzgl. MwSt.*

MEINE FIRMA MEINE HOMEPAGE MEIN ERFOLG

1&1 MyWebsite – Erfolgreiche Homepage einfach selbst machen!

- Hochwertige Designs für 200 Branchen
- Einfach selbst erstellen, jederzeit ändern
- Gute Platzierung bei Google & Co.
- Automatische Anbindung an Facebook, etc.
- Alles inklusive, auch Speicherplatz & Adresse

1&1

 0 26 02 / 96 91
 0800 / 100 668
1und1.info



* 1&1 MyWebsite mit 30 Tage 100% Geld-zurück-Garantie. Kündigung im ersten Monat jederzeit möglich. Basic-Paket 12 Monate nur 9,99 €/Monat zzgl. MwSt. (11,89 €/Monat inkl. MwSt.) danach 12,99 €/Monat zzgl. MwSt. (15,46 €/Monat inkl. MwSt.). 12 Monate Mindestvertragslaufzeit. Keine Bereitstellungsgebühr. 1&1 Internet AG, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur

Flexibler Renteneintritt Es ist Zeit, zu liefern!

Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Mit dieser These habe ich auf dem MIT-Kongress in Braunschweig im Herbst letzten Jahres meine Zielrichtung vorgegeben.



Foto: Jördis Zähning

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

ten sprechen wir über die Rente mit 63. Der demografische Wandel zwingt uns jedoch dazu, weiter zu denken. Was wir brauchen, ist doch vielmehr ein Paradigmenwechsel in der Renten- und Arbeitsmarktpolitik. Es kann nicht sein, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der Politik an die Leine gelegt werden und den Renteneintritt nicht eigenverantwortlich gestalten können. Die Regelungen beim Kündigungsschutz und die Pflichtbeiträge der Arbeitgeber in der Renten- und Arbeitslosenversicherung nach Erreichen der Regelaltersgrenze sind nicht mehr zeitgemäß. Im Koalitionsvertrag steht dazu: „Wir werden den rechtlichen Rahmen für flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand verbessern.“ Genau das müssen wir jetzt auch tun.

Dabei halte ich es für entscheidend, dass wir uns wieder zurück besinnen: Politik ist Mann-

schaftssport. Wirtschaftspolitische Einzelkämpfer sind nicht die Gewinner unserer Zeit. Deshalb müssen wir zurück zum Teamgedanken. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der mit dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag eine wesentliche wirtschaftspolitische Kraft fehlt.

Aus diesem Grund habe ich im Februar zwei große Netzwerke ins Leben gerufen. Zum einen haben wir uns erstmalig gemeinsam mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der führenden Wirtschaftsverbände in Deutschland getroffen und einen regelmäßigen Austausch vereinbart. Zusammen wollen wir den Interessen der mittelständischen Wirtschaft mehr Schlagkraft verleihen. Bereits in der ersten Sitzung waren wir uns einig: Wir müssen wieder zurück von einer Umverteilungspolitik hin zu zukunftsorientierten Strukturreformen.

Zum anderen haben wir in einem zweiten Kreis die bedeutendsten ordnungspolitischen Stiftungen und Institute versammelt. In diesem Zirkel wollen wir die aktuelle Politik aus übergeordneter Perspektive beurteilen und insbesondere bei Fragen der Generationengerechtigkeit eng zusammenarbeiten.

Nur wenn es uns gelingt, unsere wirtschaftspolitische Kraft zu bündeln, bin ich davon überzeugt, dass wir unser Ziel erreichen werden. Unsere Ansätze sind vernünftig, plausibel und finanzierbar. Das kommt in der Politik nicht allzu häufig vor.

Herzlichst

Carsten Linnemann



8



13



16



20



25

POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann kommentiert die Rentendebatte
- 5 **Napoleonische Weisheiten**
- 6 **Stichwort**
Kalte Progression
- 8 **Am 25. Mai ist Europawahl**
Forderungskatalog des Mittelstands zur Parlamentswahl
Interview mit Markus Pieper, MdEP

- 13 **MIT in den Medien**
Carsten Linnemann unterwegs

WIRTSCHAFT

- 14 **REACH – Das Schreckgespenst für die chemische Industrie**
- 15 **Unser Interview**
Oswald Metzger über den Konvent für Deutschland
- 16 **Gebrauchsgüter und der demoskopische Wandel**
Wie sich die Wirtschaft auf die immer größer werdende Zahl älterer Menschen einstellt

UNTERNEHMEN

- 20 **Geschäftsführer haften (fast) immer**
Die Aufgabenbereiche mehrerer Geschäftsführer sollten schriftlich abgegrenzt werden

- 21 **Grenzen der Telefonwerbung**
Die Telefonwerbung gegenüber Verbrauchern unterliegt strengen Anforderungen
- 22 **München ist Deutschlands Internet-Hauptstadt**
Nirgendwo sonst gibt es so viele privat oder geschäftlich genutzte Domains
- 23 **Internet-Kriminalität nimmt zu**

SERVICE

- 24 **Unser Steuerspartipp**
- 25 **Im Test**
Jeep Grand Cherokee und Toyota Land Cruiser
- 26 **Recht im Gespräch**
- 27 **Bücher-Seite**
Für Sie gelesen

MIT-/ MU-INSIDE

- Aus den Regionalverbänden der MIT und der MU**
- 28 **MIT- und MU-Inside**
- 32 **Namen sind Nachrichten**
- 33 **Aus dem Parlamentskreis Mittelstand**
- 34 **Baustelle Berlin**
MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen verabschiedet sich in den Ruhestand
- 34 **Impressum**



Frohe stern

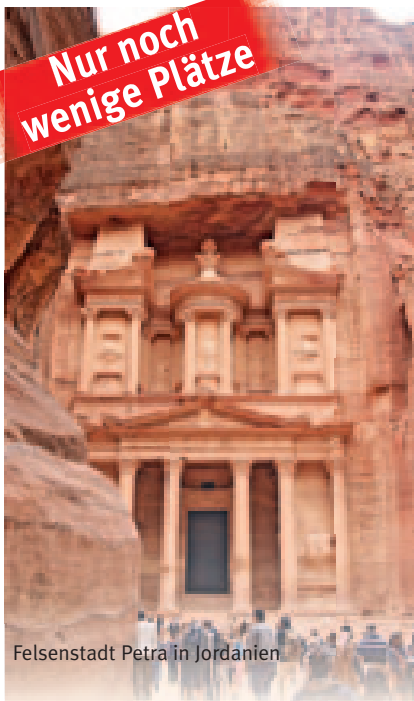


Foto: Fotolia.com

Je ratloser Politiker
den Problemen gegenüberstehen,
desto mehr überträgt
sich die Unsicherheit
auf die Währungen, Zinsen
und Aktienkurse.

Denn der Mensch kämpft
härter für seine Zinsen
als für seine Rechte.“

Napoleon I., 1810



Felsenstadt Petra in Jordanien

Exklusive Reise nach Israel und Jordanien

Auf den Spuren von Papst Franziskus durchs Heilige Land und Jordanien begibt sich im Frühsommer die Deutsch-Jordanische Gesellschaft. Seit Jahren veranstaltet dieser Zusammenschluss deutscher Bürger solche Reisen, bei der touristische Highlights, wirtschaftliche Aspekte, religiöse Schauplätze, politische Brennpunkte, aber auch erholsame Momente und Begegnungen mit den Menschen dieser Länder nicht zu kurz kommen.

Stationen dieser anspruchsvollen neuen Reise vom 11. bis 21. Juni 2014 sind

- Tel Aviv
- Amman
- Jerusalem/ Bethlehem
- Palästina
- Negev-Wüste/ Totes Meer
- Aqaba, Petra, Wadi Rum

Die Rundreise erfolgt in modernen Reisebussen, die Unterbringung in erstklassigen Hotels. Eine sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung begleitet die Gruppe während der gesamten Zeit.

Info: www.d-j-g.de (Helmut Henseler, Präsident der Deutsch-Jordanischen Gesellschaft e.V., Tel. 08458-9961)

Foto: Müller/ pixelio.de

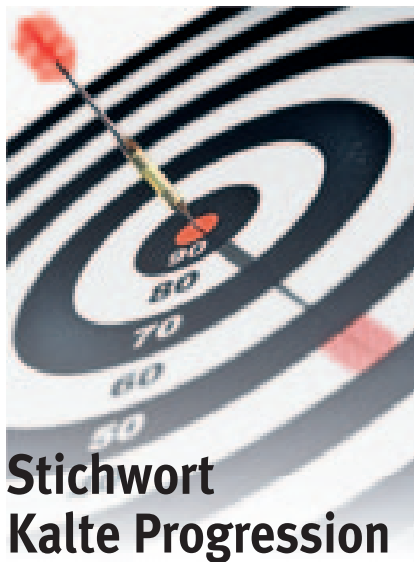


Foto: Fotolia.com

Stichwort Kalte Progression

Was ist die Kalte Progression?

Die Kalte Progression beschreibt den Effekt, wenn ein Arbeitnehmer eine Gehaltserhöhung bekommt und er mehr Steuern zahlen muss, die Inflation aber einen Teil seines Lohnanstiegs entwertet, weil der Steuertarif nicht an die Preisentwicklung angepasst wird. Profiteur dieses Effekts ist der Fiskus. Ähnlich verhält es sich beim sog. „Mittelstandsbauch“. Beziehener kleiner und mittlerer Einkommen werden proportional höher belastet.

Beispiel:

Ein Angestellter verdient 4.000 Euro im Monat. Bei einer Lohnerhöhung von zwei Prozent (80 Euro) kommen

nach Abzug aller Abgaben nur 41 Euro bei ihm an. Der Grund: Durch das höhere Bruttogehalt rutscht er in eine höhere Steuerstufe und zahlt 20 Euro mehr Lohnsteuer als bislang. Der Lohn steigt um 2,3 Prozent, die Steuer aber um 2,3. Rechnet man nun noch die Inflation von (angenommen) zwei Prozent heraus, dann bestätigt sich: Der Angestellte hat real nicht mehr in der Geldbörse.

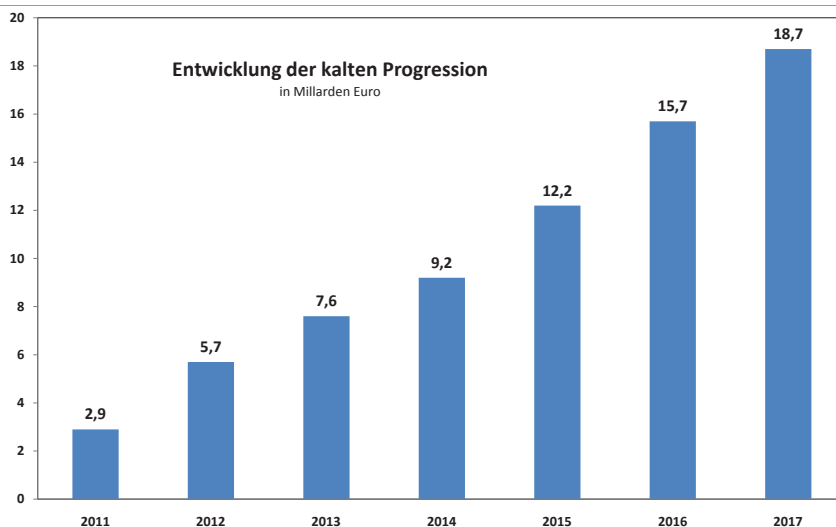
Was sagt die Politik?

CDU/CSU: Im Regierungsprogramm 2013 heißt es: „Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft ...entlasten. Mit der Abmilderung der Kalten Progression schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit.“

MIT: Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert eine Anpassung an die Preissteigerung bzw. an die Wachstumsrate des Volkseinkommens alle zwei Jahre. Gegenfinanzierung: Überprüfung der Staatsausgaben, Subventionskürzungen, Einbeziehung der Wachstumswirkung durch mehr Kaufkraft

SPD: Die SPD hat zusammen mit den Grünen im Bundesrat 2013 Pläne zur Absenkung der Kalten Progression gestoppt. Sie macht ihre Zustimmung von einer Anhebung des Einkommensteuer-Spitzensatzes abhängig.

Günter F. Kohl



Die Entwicklung der Kalten Progression: Allein zwischen 2014 und 2017 entzieht der Staat den Lohnsteuerzahlern 55,8 Milliarden Euro zusätzlich bei einer angenommenen Inflationsrate von 1,5 % (2014) und 1,8 % für die Folgejahre

Quelle: Deutsches Steuerzahlerinstitut

EntscheiderKonvent



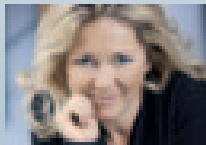
Dr. Dr. Cay von Fournier,
Arzt und Unternehmer



Dr. Florian Langenscheidt,
Autor und Herausgeber



Bodo Janssen,
Geschäftsführer
Upstalsboom



Dr. Silvia Danne,
Marketing-Expertin



Hubert Schwarz,
Extremsportler



Karl-Otto Kaiser,
Experte für
Nachwuchsförderung



Marco v. Münchhausen,
Experte für Selbstmotivation



**Paul Johannes
Baumgartner,** Moderator
bei Antenne Bayern

MELDEN SIE SICH JETZT AN!

Exzellenz im Mittelstand – was **erfolgreiche Unternehmer** anders machen.

Wer die Führung eines mittelständischen Unternehmens verantwortet, muss im Hinblick auf wichtige Wirtschafts- und Führungsthemen immer auf dem Laufenden sein. Die Veranstaltungsreihe „EntscheiderKonvent“ führt Sie mit motivierenden Vorträgen und anregenden Diskussionen renommierter Top-Referenten in die Managementwelt der Zukunft.

Die spannenden Themen sind u.a.:

- Exzellenz als Schlüssel zum Erfolg
- Optimismus: die wichtigste erneuerbare (Unternehmer)Energie
- Das Geheimnis von Hochleistungsteams
- Vom zufriedenen Kunden zum begeisterten Fan und viele weitere mehr ...

Termine 2014

28.03.	Kempten
11.04.	Frankfurt
16.05.	St. Georgen/Schwarzwald
23.05.	Berlin
06.06.	Hamburg Kaltenkirchen
27.06.	München
26.09.	Mannheim
24.10.	Bad Oeynhausen
21.11.	Chemnitz
05.12.	Stuttgart

Immer freitags, 13:00 bis 19:00 Uhr

Jetzt informieren und anmelden unter
www.focus.de/entscheiderkonvent2014

Eine Kooperation von:



EUROPAWAHLEN AM 25. MAI

Forderungskatalog der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU/CSU und des Parlamentskreises Mittelstand Europe
(Auszüge)



Seit vielen Jahren profitieren unsere Unternehmen von einer stabilen Währung. Ohne die Eurozone würde der deutschen Exportwirtschaft ein wichtiger Markt fehlen. Gut 37 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Länder der Eurozone in einem jetzt einheitlichen Euro-Zahlungsraum ohne zusätzliche Kosten für grenzüberschreitende Geschäfte.

Das schafft Planungssicherheit für kleine und mittlere Unternehmen. Ein weiterer Vorteil für internationale Geschäfte: Rund 65 Prozent der deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU werden in Euro abgewickelt. Keine Wechselkursrisiken mehr - dies mindert die Kosten bei internationalen Geschäften. Wir wollen den Euro stabil halten und die EU-Kommission in ihren Kompetenzen zur Begrenzung nationaler Schulden bestärken.

Wir lehnen jedoch alle Instrumente ab, die kurz-, mittel- oder langfristig darauf abzielen, nationale Schulden in der Europäischen Union zu vergemeinschaften.

Ein starker Euro für einen starken Mittelstand

Die Reformdynamik in der Eurozone darf nicht nachlassen, und die Schuldenkrise muss weiterhin bekämpft werden. Die Politik „Rettungskredite gegen Auflagen“ verzeichnet erste Erfolge: Der Umbau der Sozialsysteme, Privatisierungen auf breiter Front



10 ► Europapapier der MIT

und moderate Lohnzurückhaltung haben die Arbeitsproduktivität gerade südeuropäischer Euro-Länder nachhaltig erhöht. Diese Reformpolitik gilt es fortzusetzen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und der PKM Europe

1. fordern nationalen Schuldenexzessen in der Europäischen Union vorzubeugen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus bietet eine solide Basis
2. fordern ein Vetorecht der Kommission bei Verletzung gemeinsamer europäischer Regeln und ein Zurückweisungsrecht für nationale Haushalte, die gegen Stabilitätskriterien verstoßen
3. lehnen alle Vorschläge, die auf eine Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der Eurozone abzielen (Eurobonds, Schuldentilgungsfonds und eine gemeinsame Einlagensicherung im Rahmen der „Bankenunion“) – im Gegensatz zu Grünen und Sozialdemokraten – entschieden ab
4. befürworten eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, aber nur für systemrelevante Banken. Sparkassen

und Genossenschaftsbanken dürfen nicht unter die gleiche Bankenaufsicht wie international tätige Investmentbanken fallen

5. fordern, dass die Politik sich nicht in die Aufgaben der EZB einmischt, da eine stabile Währung nur mit einer unabhängigen Geldpolitik möglich ist
6. setzen sich für die Möglichkeit ein, dass Mitgliedsstaaten – ohne die Europäische Union zu verlassen - aus der Eurozone austreten können, wenn sie nicht in der Lage oder gewillt sind, die mit der gemeinsamen Währung verbundenen Regeln einzuhalten
7. fordern, dass die europäische Bankenaufsicht organisatorisch unabhängig von den geld- und finanzpolitischen Strukturen der EZB agieren muss

Europäischer Binnenmarkt: Exportmotor für den Mittelstand

Deutschland hat als starkes Exportland ein besonderes Interesse daran, dass seine Waren und Dienstleistungen ohne größere Barrieren in die Nachbarländer gelangen können. Insgesamt müssen aber weitere Anstrengungen unternommen

werden, um den Regelungsaufwand auf europäischer Ebene für die Unternehmen zu verringern.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und der PKM Europe

1. fordern eine Harmonisierung der bislang unterschiedlichen Datenschutz-Anforderungen der Mitgliedsstaaten
2. fordern mit der „Europa GmbH“ eine neue Rechtsform, die dem Mittelstand grenzüberschreitende Betätigung im europäischen Binnenmarkt weiter erleichtert
3. unterstützen einen Energiebinnenmarkt, weil geographische Vorteile der Energieproduktion die Kosten senken
4. fordern, dass an den EU-Außengrenzen Kontrollen für Produktsicherheit verstärkt werden, damit außereuropäische Importe verlässliche End- und Vorprodukte darstellen
5. fordern ein Europäisches Aktionsprogramm gegen die weltweit zunehmende Wirtschaftsspionage und gegen Produkt- und Markenpiraterie
6. fordern eine transatlantische Freihandelszone mit den USA

Bürokratie abbauen und Innovationspotenzial stärken

Die rund 3,7 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland gewinnen einerseits durch einen starken europäischen Binnenmarkt und freien Warenverkehr. Aus einem Chaos von 150.000 unterschiedlichen nationalen Industrienormen und technischen Standards entstanden durch den EU-Binnenmarkt 19.000 verlässliche EU-Normen – dies ist eine Riesenerleichterung. Andererseits bedrohen unnötige bürokratische Belastungen immer wieder die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes.

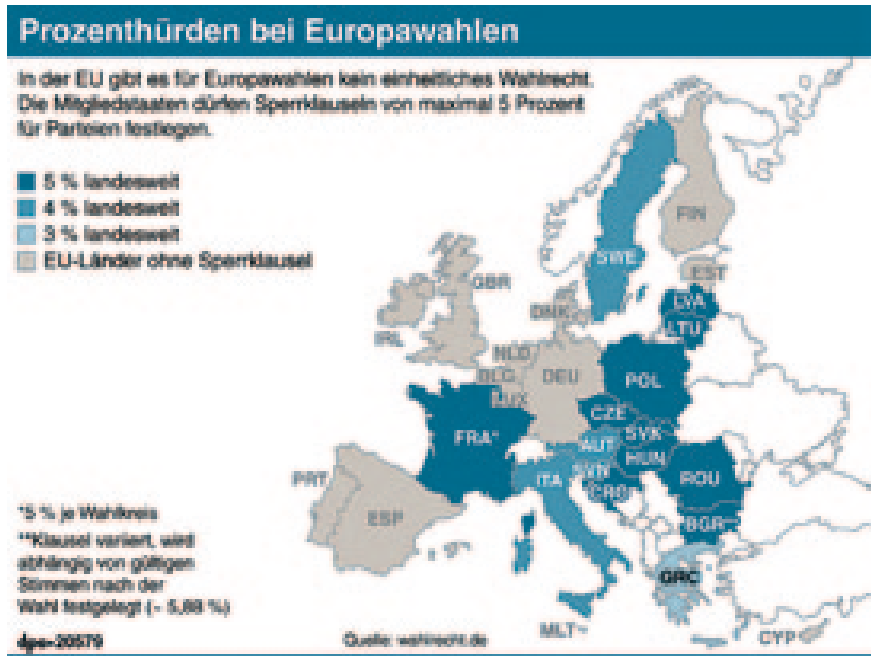




Foto: fotolia.com

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und der PKM Europe

1. kritisieren kleinteilige Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission wie die Regulierung von Duschköpfen, Staubsaugern, Glühlampen oder Olivenölkännchen

2. sehen durch eine Neufassung der „Verordnung über die Sicherheit von Verbraucherprodukten“ die Herkunftsangabe „Made in Germany“ gefährdet. Die Europäische Kommission sollte im Interesse der gesamten europäischen Industrie von diesem Vorhaben Abstand nehmen

3. fordern die Europäische Kommission auf, ihre Kompetenzen nicht zu überschreiten. Europäische Mindestlöhne und Mindestrenten fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der EU. Frauenquoten und eine verpflichtende Berichterstattung über soziales Engagement von Unternehmen sind überflüssig

4. fordern eine effiziente Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik. Die EU-Gesetzgebung muss sich auf das CO₂-Reduzierungsziel beschränken

5. fordern die Schaffung eines unabhängigen EU-Normenkontrollrates, der die Kommission dabei unterstützt, den Bürokratieaufwand und dessen Kosten für die Wirtschaft zu überprüfen

6. fordern eine deutliche Reduzierung der Zahl der Kommissare. Die EU-Kommission muss den Ressort-

egoismus von Kommissaren und Generaldirektionen überwinden

Duale Ausbildung unterstützen

Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat in der Krise seine Stärke bewiesen. Dies ist u.a. dem deutschen System der dualen Ausbildung zu verdanken. Es zeigt, dass deutsche Unternehmen gut und gerne Bildungsverantwortung übernehmen und damit beispielhaft in Europa an der Spitze stehen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und der PKM Europe

1. wollen das deutsche duale System aus schulischer und betrieblicher Ausbildung erhalten und europaweit auf der Basis von best-practice-Beispielen ausbauen

2. fordern eine Fokussierung des Europäischen Sozialfonds speziell auf die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit

3. lehnen eine Einmischung der Europäischen Kommission in nationale Bildungssysteme ab

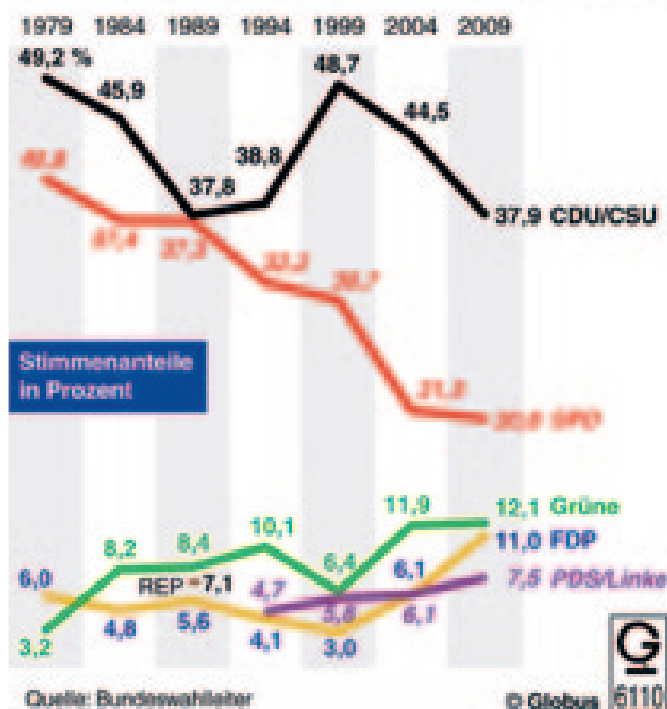
4. fordern, dass die Verantwortung in Fragen der Berufsbildung bei den Mitgliedsstaaten bleibt

5. fordern eine Stärkung des Meisterbriefes, der reglementierten Berufe und unternehmerischer Selbstständigkeit. Wir lehnen den Eingriff der Kommission in diesen Fragen ab

6. fordern eine bessere Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen in der EU und beschleunigte nationale Anerkennungsverfahren



Europawahlen in Deutschland



EUROPAWAHL AM 25. MAI

„Bei aller Kritik überwiegen eindeutig die Vorteile“

Interview mit dem Vorsitzenden der MIT-Europakommission, Dr. Markus Pieper, MdEP

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Sie haben für die MIT einen Forderungskatalog zur Europawahl am 25. Mai erarbeitet. Wo liegen die Schwerpunkte?

Markus Pieper: Gemeinsam mit meinem CSU-Kollegen Markus Ferber ist es mir wichtig, dass der Mittelstand auch auf europäischer Ebene angemessen vertreten wird. Dazu haben wir vier Schwerpunkte gesetzt. Das Thema Euro und Europapolitik spielt dabei natürlich eine wichtige Rolle. Wir fordern eine weitere Stabilisierung des Euro und lehnen jegliche Instrumente ab, die auf eine Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der Eurozone abzielen. Ferner wollen wir die Exportnation Deutschland stärken und den europäischen Binnenmarkt vollenden. Dies geht, drittens, auch mit Bürokratieabbau und Stärkung von Innovationen einher. Viertens setzen wir uns für das deutsche System der dualen Ausbildung ein und fordern, den Meisterbrief und unternehmerische Selbstständigkeit zu stärken.

Sie sind Sprecher des PKM-Europe innerhalb der Unions-Gruppe und üben auch durchaus Kritik an zu viel Bürokratie. Was stört Sie am meisten?

Pieper: Kleinteilige Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission wie die Regulierung von Duschköpfen oder Glühlampen führen zu Unverständnis. Andere Gesetzesinitiativen gefährden die deutsche Wirtschaft und sind schlichtweg überflüssig wie etwa Frauenquoten oder eine verpflichtende Berichterstattung über soziales Engagement von Unternehmen. Wir müssen zurück zu einem Europa, das Erleichterungen für unsere Unternehmen und Bürger schafft.

Kritik an den europäischen Institutionen und an dem ihnen nachgesagten Hang zum Zentralismus und zur Regelungswut ist populär. Spielt man damit nicht den Euro-Gegnern in die Karten?

Pieper: Auch ich kritisiere die Klein-Klein-Regulierung. Der vermeintliche Nutzen steht regelmäßig in keinem Verhältnis zum Imageschaden für die Europäische Union. Aber bei aller Kritik überwiegen doch ganz eindeutig die Vorteile. Wo stünde die deutsche Wirtschaft heute ohne den Binnenmarkt ohne Zölle und Grenzen und ohne eine gemeinsame Währung? Dass aus einem Chaos von 150.000 unterschiedlichen nationalen Industrienormen und technischen Standards durch den Binnenmarkt 19.000 verlässliche EU-Normen entstanden sind, ist eine Riesenerleichterung für den exportorientierten Mittelstand. Und ohne die Währungsunion beispielsweise wäre die wirtschaftliche Leistung Deutschlands etwa in den Jahren 2010 und 2011 um 50 bis 60 Mrd. Euro geringer ausgefallen und das Wachstum somit 2 bis 2,5 Prozent geringer gewesen.



Dr. Markus Pieper gehört dem Europäischen Parlament seit 2004 an und ist Co-Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe im EP. Er leitet die Europakommission der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

Sie sprechen sich klar gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der Eurozone aus. Ist dieses Ziel realistisch, zumal die SPD in Deutschland anders darüber denkt?

Pieper: Die Rettungspolitik muss Angelegenheit der Euro-Staaten bleiben und darf nicht auf die Europäischen Institutionen insgesamt übertragen werden, wie die SPD und Martin Schulz das wollen. Dürfte etwa das Europaparlament heute über die Vergemeinschaftung von Schulden entscheiden, hätten wir längst Eurobonds und die grenzüberschreitende Haftung von Spareinlagen. So sind nun mal die Mehrheitsverhältnisse. Wir können die Rettungspolitik so lange bei den nationalen Regierungen der Euro-Staaten belassen, wie wir unsere Position in der Großen Koalition in Deutschland halten können. Parlamentspräsident Schulz und die SPD agieren hier ganz klar gegen die Interessen der deutschen Steuerzahler.

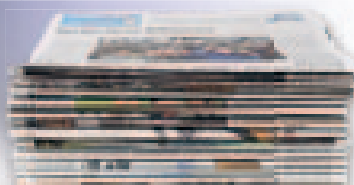
Muss man sich Sorgen machen um die Wahlbeteiligung mit der Folge des Erstarkens kleinerer, euroskeptischer Parteien?

Pieper: Mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Drei-Prozent-Sperrklausel verfassungswidrig sei, müssen wir zusätzlich mit Splitterparteien und radikalen Kräften im Europäischen Parlament rechnen. Einzelne Abgeordnete von NPD, Tierschützern oder Piraten werden hier jedoch untergehen. Die Situation wird dadurch mit Sicherheit nicht einfacher für uns, auch weil wir dabei Interessen immer weniger gebündelt vertreten können. Wir sind mit unseren Positionen aber sehr gut aufgestellt. Ich denke nicht, dass die deutschen Wähler der Europäischen Idee die rote Karte zeigen und ihre Stimme an die kleinen Protestparteien verschenken.



Fotos: Fotolia

MIT



... in den Medien

„Wer die Energiewende will, muss auch den Netzausbau wollen. Die Mittelstandsvereinigung wird den Energieminister unterstützen – auch gegen die Einzelinteressen der Länder.“

Carsten Linnemann, DIE WELT, 8. Februar 2014

Der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung (MIT) Carsten Linnemann fordert die Einführung einer Altersgrenze im geplanten Mindestlohn-Gesetz: Für Arbeitnehmer im Alter von bis zu 25 Jahren solle der Mindestlohn von 8,50 Euro nicht gelten, wenn sie noch keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen könnten. Rheinische Post, 1. Februar 2013

Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Regierungspolitik verlangt der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann: „Dazu gehört, dass wir uns endlich wieder trauen, über Reformen zu reden. Sei es, um die kalte Progression zu beseitigen oder den Renteneintritt zu flexibilisieren. Überall ist der Handlungsdruck groß - der Wille zum Handeln aber nur klein.“

WirtschaftsWoche, 22. Februar 2014

In dieser Woche nun gelang Linnemann ein kleiner Coup, der im Regierungsviertel Beachtung fand. Er gab bekannt, wer auf den Bald-Ruheständler Lehnen folgt: Thorsten Alsleben.

Berliner Morgenpost, 21. Februar 2014

Die Wirtschaftspolitiker fürchten, dass die Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können, zu einem massenhaften Verlust von Fachkräften führt. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union (MIT) spricht davon, dass „dieser Weg demografisch in die Sackgasse führt“. Die Rente mit 63 betreffe genau den Personenkreis, auf den man in Zukunft am wenigsten im Erwerbsleben verzichten könne: Die gut ausgebildeten und erfahrenen Facharbeiter.

DIE WELT, 19. Februar 2014

„Wenn wir bei der Rente mit 63 abgemacht haben, dass wir nicht unbefristet Arbeitslosenzeiten gelten lassen, dann müssen wir uns auch mal durchsetzen. Und auch mal ganz klar sagen: hier ist die rote Linie, nicht mehr und nicht weniger.“

Carsten Linnemann, Berlin direkt (ZDF), 2. März 2014

Im Streit um die Ausgestaltung der Rente mit 63 fordert der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Unions-Wirtschaftsvereinigung MIT, Carsten Linnemann, Nachbesserungen am Gesetzentwurf. Er schlägt eine Stichtagsregel sowie eine Deckelung und Stückelung der anrechenbaren Zeiten der Arbeitslosigkeit vor.

AFP, 2. März 2014

„Mein Eindruck ist, dass es dieser Koalition schwer fällt, vom Wahlkampfmodus in den Regierungsmodus umzuschalten. Denn dazu gehört auch, dass man Spielräume, die der Koalitionsvertrag bietet, offen und sachlich diskutiert. Das ist derzeit noch viel zu selten der Fall.“

Carsten Linnemann, Schweriner Volkszeitung, 1. März 2014

„Das sprengt den Rahmen“, sagte der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, in Berlin. „Diese Zahlen widersprechen dem Ziel, nur jene zu begünstigen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 2014

„Alles was wir von der Rente mit 63 abzweigen können, um dafür die Erwerbsgeminderten besserzustellen, ist begrüßenswert. Denn die Erwerbsgeminderten sind die Schwachen, die nicht mehr arbeiten können, während wir bei der Rente mit 63 Fachkräfte aus dem Berufsleben ziehen, die noch arbeiten könnten.“ Das Thema Erwerbsminderungsrente hätte von Anfang an im Mittelpunkt der Debatte stehen müssen.“

Carsten Linnemann, DIE WELT, 26. Februar 2014

Der Bundesvorsitzende unterwegs...

03.04.2014, 09.30 Uhr

Gesprächskreis Mittelstand
Zentralverband Deutsches Baugewerbe
ZDB

„Große Koalition – Wirtschaftspolitik
ade?“

Berlin

05.04.2014, 10:00 Uhr

CDU Deutschlands, Bundesparteitag
Berlin

09.04.2014, 18.00 Uhr

Leipziger Kreis
„Der Wirtschaftsflügel der Union“
Berlin

25.04.2014, 16:00 Uhr

MIT Moers, Verleihung Unternehmerpreis
„Der deutsche Mittelstand – Stabilitäts-
faktor in unruhigen Zeiten?“
Moers

25.04.2014, 20:00 Uhr

MIT Willich
„Deutschlands Exportüberschüsse als
Gefahr für Europa?“
Willich

30.04.2014, 18:00 Uhr

MIT Rhein-Sieg und MIT Hennef
„Die Große Koalition – Bremse oder Gas-
pedal für den deutschen Mittelstand?“
Hennef

05.05.2014, 18:00 Uhr

MIT Hamm
„Große Koalition – Wirtschaftspolitik
ade?“
Hamm

Europa und der Mittelstand – ziemlich beste Freunde?

Die EU und der Euro gehören europaweit längst zum Alltag der KMUs. Aber was bedeutet das konkret für einen mittelständischen Betrieb? Wir haben nachgefragt bei Peter Glaum, der ein metallverarbeitendes Unternehmen führt und im Verein Vecco als stellv. Vorsitzender aktiv ist sowie bei Dr. Malte-Matthias Zimmer von der Beratungsfirma EUPOC, die von der Chemikalienrichtlinie REACH betroffene Unternehmen und Verbände berät.

Ein gemeinsames Europa – welche Rolle spielt das für den Mittelstand in der Praxis?

Peter Glaum: Ein eigenständiger deutscher Wirtschaftsraum wäre längst nicht so erfolgreich. Vom europäischen Wirtschaftsraum und vom Euro profitieren wir als Mittelständler tagtäglich. Viele Harmonisierungen sind nützlich, geben uns verlässliche Rahmenbedingungen und stärken den Standort Europa. Allerdings ...

... darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten?

Glaum: Ganz genau. Oft höre ich, Europa ja. Aber nicht so. Das trifft gerade auf meine Branche der Metallveredlung zu. Da machen uns europäische Vorgaben, vor allem durch die Chemikalienrichtlinie REACH, das Leben schwer.

Dr. Malte-Matthias Zimmer: Nicht nur die Vorgaben, sondern vor allem die Umsetzung. Die Mittelständler haben die aus REACH resultierenden Probleme in ihrer Komplexität anfangs gar nicht erkennen können. Erst als bspw. Chromtrioxid 2011 als sogenannte Prioritätensubstanz eingestuft wurde, ist man langsam wach geworden. Für Prioritätensubstanzen müssen jetzt Ausnahmeregelungen eingeholt werden, damit man sie verwenden darf.

Sonst kein Chrom-Paket am Pkw und keine verchromte Badewannenarmatur mehr?

Glaum: Richtig. Betroffen ist der gesamte Bereich der Metallverarbeitung über den Maschinenbau bis hin zur Automobilbranche. Dabei wissen wir seit langem, dass Chromtrioxid – wohl gemerkt beim Verarbeitungsprozess, nicht aber am Endprodukt - krebserregend sein kann.

Was ist mit der Ausnahmegenehmigung?

Zimmer: Das ist der Kern des Problems. Allein die Beantragung bei der Europäischen Chemikalien Agentur ECHA kostet je nach Unternehmensgröße 7.500 bis 50.000 Euro. Hinzu kommen Beratungskosten im Vorfeld dieses Prozesses im fünfstelligen Bereich. Zur Software für die Antragsbearbeitung gehört ein 3.000-Seiten-Handbuch, größtenteils in Englisch. Und da es ein völlig neuer Prozess ist, weiß niemand, ob ein Positivbescheid aussichtsreich ist und wie lange dieser gilt. Für den Fall eines Negativbescheids hat man keine rechtlichen Mittel.

Auf der Strecke bleiben vor allem die kleinen mittelständischen Betriebe ...

Glaum: Mittelständler können diese Bürokratie allein gar nicht stemmen. Deshalb wurde der Verein VECCO gegründet und die EUPOC betreut den

Prozess. Das Problem ist doch auch, dass man nachweisen muss, dass es keine Ausweichmöglichkeit gibt. Chrom ist im aktuellen Einsatzbereich seit 30 Jahren als einzige Substanz massenproduktionstauglich.

Europa: in der Praxis also mehr Bürde als Gewinn für den Mittelstand?

Zimmer: An Europa und seinem Nutzen für den Mittelstand gibt es keinen Zweifel. Es ist vielmehr die Art, wie in unternehmerische Belange eingegriffen wird und wie viel unnötige Bürokratie und Kosten erzeugt werden. Vor einer so einschneidenden Richtlinie wie REACH hätten Testphasen durchgeführt werden können, um das Verfahren und die Auswirkungen zu prüfen.

In Deutschland waren die Anforderungen schon vor 2007 enorm hoch. Wir müssen in Europa lernen, von guten Erfahrungen anderer zu profitieren. Man darf nicht auf Grund weniger schwarzer Schafe alle über einen Kamm scheren und völlig überziehen. Die Konsequenz wäre der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit. In unserem Beispiel kommt der verchromte Wasserhahn künftig (nur noch) aus Asien oder Südamerika. Dort sind die Standards der Arbeitsschutzmaßnahmen ganz andere als in Deutschland.

Die Fragen stellte Astrid Jantz

Info:

www.vecco.de; www.eupoc.de; www.reach-info.de



Dr. Malte-Matthias Zimmer (links), Managing Director der EUPOC GmbH und Peter Glaum, Schnarr Metallveredlung GmbH und stellv. Vorsitzender des VECCO e.V.



„Wer bestellt, bezahlt!“

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

In welcher Weise möchte der Konvent für Deutschland die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verändert sehen?

Oswald Metzger: Wir brauchen Ordnungsprinzipien, die das heutige intransparente System der organisierten Verantwortungslosigkeit ablösen. „Wer bestellt, bezahlt!“ lautet einer dieser Maßstäbe. So übersetzt der Konvent das Konnexitätsprinzip des Grundgesetzes, demzufolge die staatliche Ebene, die Gesetze beschließt, auch für deren Finanzierung zu sorgen hat. Gesetzgebung zu Lasten anderer staatlicher Ebenen soll damit ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Finanzausgleich unter den Ländern ist so zu reformieren, dass sowohl die leistungsstarken Geberländer (Drei an der Zahl!) als auch die leistungsschwächeren Nehmerländer (derzeit 13) einen Anreiz haben, ihre Wirtschaftskraft zu stärken. Heute wird bei den Nehmerländern sofort abgeschöpft, was sie an zusätzlicher Steuerkraft schaffen. Das ist kontraproduktiv. Bei den Geberländern führt der Finanzausgleich ebenfalls zu fatalen Konsequenzen. Sie fallen im Ranking von der Spitze der Länder nach Finanzausgleich ins hintere Drittel.

Und dann gibt es das riesige Altschuldenproblem. Wie schaffen wir es, die Zinslasten der horrenden Altverschuldung, die in manchen Bundesländern einen ausgeglichenen Haushalt niemals möglich erscheinen lässt, in einem solidarischen Kraftakt zu meis-

tern? Die Nehmerländer, obwohl in der deutlichen Mehrheit, müssen sich bewegen, weil sie sonst die Solidarität der Geberländer überstrapazieren.

Der Konvent möchte den Einfluss der Wähler auf die politische Willensbildung fördern - wie?

Metzger: Die Bürgerinnen und Bürger sollten auf zwei Ebenen mehr Gewicht bekommen: zum einen beim Wahlrecht. Der Konvent plädiert dafür, bei der Bundestagswahl auch die Zweitstimme zu personalisieren. Nicht mehr der Platz auf der Liste („starre Liste“) entscheidet über den Einzug in den Bundestag, sondern die absolute Stimmenzahl („offene Liste“) des einzelnen Kandidaten. Die Parteien wären gezwungen, Personal zu präsentieren, das nicht nur innerhalb der Parteili-



Oswald Metzger (59) ist seit 15. Februar 2014 als Geschäftsführender Sekretär für den Konvent für Deutschland in Berlin tätig. Metzger ist Mitglied der MIT und gehört als Gast dem Bundesvorstand an

ten ein Standing hat, sondern auch in der Wählerschaft.

Ferner sollten die Bürgerinnen und Bürger auch Sachthemen durch formalisierte Volksinitiativen auf die politische Agenda des Parlaments setzen können und dieses damit zwingen, sich mit wichtigen Fragestellungen zu beschäftigen.

Auf europäischer Ebene hat man ja häufig das Gefühl, dass dort der Trend gegenläufig ist, also mehr Zentralität statt Subsidiarität?

Metzger: Die europäischen Institutionen sind von einer zentralstaatlichen Regelungswut wie besessen, die weder demokratisch ausreichend legitimiert noch sachlich geboten ist. Im Vertrag von Lissabon war eindeutig von Subsidiarität die Rede, nicht von einer gesetzlichen Gleichschaltung aller Lebenssachverhalte in Europa.

Wer sind die Träger der Arbeit des Konvents, wie finanziert er sich?

Metzger: Der Konvent lebt von der ehrenamtlichen Mitwirkung von Persönlichkeiten, die in der Politik in ihrer aktiven Zeit Führungspositionen ausübten. Unter dem Vorsitz von **Altbundespräsident Roman Herzog** versammelt sich regelmäßig eine illustre Runde von „elder statesmen“ aus unterschiedlichen politischen Lagern: Henning Voscherau (SPD) etwa, Erwin Teufel (CDU), Wolfgang Gerhardt (FDP) oder Christine Scheel (Grüne). Finanziert wird der Konvent, der als gemeinnütziger Verein organisiert und steuerlich anerkannt ist, fast ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Stiftungen und Firmen, der Heinz Nixdorf Stiftung etwa, der Deutschen Bahn, der Linde AG oder der Firma Würth. Mein Bemühen als Geschäftsführender Sekretär wird es sein, mehr mittelständische Firmen für unsere Arbeit zu gewinnen.



Foto: Ptopia

SENIORENPRODUKTE: Ein Markt der Zukunft?

Die heutigen Senioren sind im Wohlstand aufgewachsene, erfahrene und nicht selten anspruchsvolle Konsumenten, die genau wissen, was sie wollen

Die Deutschen werden bekanntlich immer älter. Schon heute liegt das Durchschnittsalter für Männer bei 42,6 und bei Frauen bei 45,3 Jahren, jeder fünfte ist älter als 65. Wenn die so genannten geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, wird der Anteil der Senioren noch weiter steigen. Diese Generation ist nicht mehr durch den Mangel der Kriegs- und Nachkriegsjahre geprägt. Es sind im Wohlstand aufgewachsene, erfahrene und nicht selten anspruchsvolle Konsumenten, die genau wissen, was sie wollen. Müssen Unternehmen diese wachsende Zielgruppe mit maßgeschneiderten Spezialprodukten umwerben?

„Die Hoffnungen, die man noch vor Jahren mit speziellen Seniorenprodukten verbunden hat, haben sich in der Praxis häufig nicht erfüllt“, sagt Matthias Peissner, Leiter des Competence Center Human-Computer Interaction

am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart. „Die Akzeptanz ist gering, nur wenige Unternehmen in diesem Bereich sind wirklich erfolgreich.“

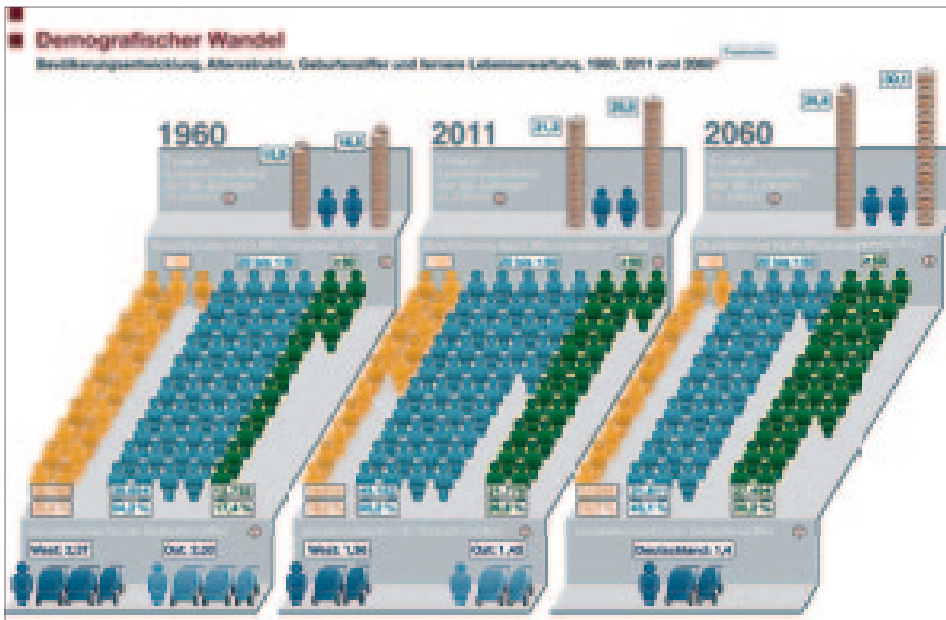
Wer einen Blick auf das Sortiment der einschlägigen Anbieter wirft, weiß warum: Die Produkte sind häufig sehr unattraktiv gestaltet und unverhältnismäßig teuer. Beim Anblick denkt man eher an Krankheit und Verfall, als an Dinge, die das Leben verschönern oder angenehmer machen. Der Einkauf bei Spezialanbietern oder in Orthopädie-fachgeschäften macht auch nicht unbedingt Lust auf Shopping.

Modern und seniorengerecht

In einer dynamischen Gesellschaft, in der es erstrebenswert ist jugendlich zu wirken, nicht zum alten Eisen zu gehören, wirkt das wie eine Strafe. „Stigmatisierung durch Design“ nennt Matthias

Peissner das. Kein Wunder, dass die Begeisterung für solche Angebote gering ist. Wer irgend kann, kauft lieber „normale Produkte“. Das erkennen auch immer mehr Hersteller. Sie gestalten ihre Produkte zwar seniorengerecht, aber dennoch modern und zeitgemäß und bewerben sie auch nicht gezielt als Seniorenprodukte. Typische Beispiele dafür sind ansprechend gestaltete Telefone und Handys mit größeren Tasten und besonders gut lesbaren Displays, die es im normalen Fachhandel gibt. Auch barrierefreie Bäder und Küchen, höhenverstellbare Betten und ähnliche Dinge werden zunehmend attraktiver gestaltet.

„Heutzutage will man Produkte so gestalten, dass sie von möglichst vielen unterschiedlichen Benutzergruppen sinnvoll genutzt werden können“, so der Experte. „Dahinter steht der Gedanke, dass die Produkte weniger technikgetrieben als aus der Nutzerperspektive



Die Deutschen werden bekanntlich immer älter. Schon heute liegt das Durchschnittsalter für Männer bei 42,6 und bei Frauen bei 45,3 Jahren, jeder fünfte ist älter als 65

gestaltet werden.“ Das ist im Grundsatz natürlich nicht neu. Der Erfolg von Apple, Google und Co. ist bekanntlich zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass deren Produkte leicht und intuitiv zu bedienen sind.

Bedienungsfreundlichkeit ist das A und O

In der Praxis ist diese so genannte Usability allerdings nach wie vor oft ein Stiefkind der Produktentwicklung. Jeder kennt Waschmaschinen, für die man einen Computer-Führerschein braucht, Digitalkameras mit zentimeterdicken Gebrauchsanweisungen oder Navis, die nach einem falschen Tastendruck ein aufregendes Eigenleben entfalten.

Das ist nicht nur fehlerträchtig, sondern schließt auch bestimmte Gruppen von der Bedienung aus, beispielsweise erfahrene, ältere Mitarbeiter, die häufig nicht computeraffin sind, aber auch solche mit einem niedrigen Bildungsstand oder schlechten Deutschkenntnissen. „Damit verzichtet ein Unternehmen ungewollt auch darauf, die Potenziale und das Know-how der entsprechenden Mitarbeiter vollständig zu nutzen“, sagt der Experte. Bedienungsfreundlichkeit

ist also nicht nur beim Design eigener Produkte ein Thema, sondern auch bei der Anschaffung von Maschinen und Geräten.

„Es geht in Zukunft weniger darum, ein Produkt auf eine einzelne Zielgruppe zuzuschneiden, sondern darum, dass es möglichst flexibel auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzergruppen eingestellt werden kann“, so Matthias Peissner. Experten sprechen deshalb nicht mehr von der Usability, sondern von der Accessibility.

Geräte lernen durch Nutzung

Am Fraunhofer-Institut forscht man deshalb an so genannten adaptiven Sys-



Matthias Peissner,
Leiter des Competence Center
Human-Computer
Interaction am
Fraunhofer-Institut
für Arbeitswirtschaft
und Organisation
(IAO) in Stuttgart

temen, die sich automatisch auf den Nutzer einstellen. „Solche interaktiven, intelligenten Produkte funktionieren ähnlich wie das Kennenlernen von Personen. Das Gerät lernt durch die Nutzung und passt sich nach und nach an das Nutzungsverhalten an“, erklärt Peissner. Beispielsweise entwickelte das Institut einen interaktiven Fernseher, der nicht nur die Lieblingssendungen erkennt, sondern auch erfasst, ob der Zuschauer überhaupt hinschaut und anhand bestimmter Gesten wie dem Vorbeugen die aktuelle Befindlichkeit analysiert.

Sind spezielle Seniorenprodukte also wirklich Schnee von gestern? Ja und nein: Sicherlich werden manche Spezialprodukte überflüssig werden, weil sich immer mehr Produkte der Zukunft

Viele Spezialprodukte für Ältere signalisieren ihren Benutzern ununterbrochen, dass man nicht mehr so kann wie früher, eingeschränkt ist, Defizite hat

an das individuelle Nutzungsverhalten, Vorlieben, Bedürfnisse oder auch körperliche Einschränkungen anpassen lassen. Dennoch wird es auch in Zukunft so-

wohl alters- als auch krankheitsbedingte körperliche Einschränkungen geben, die ohne Spezialprodukte einfach nicht kompensiert werden können.

Außerdem ermöglichen neue Technologien auch innovative, gezielt auf die Bedürfnisse von Senioren abgestimmte Produkte, die dazu beitragen, die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu meistern. Ein Beispiel dafür sind moderne Sensoren. In die Matratze eingearbeitet, warnen sie Mitbewohner, wenn verwirrte Senioren das Bett verlassen und in den Fußbodenbelag eingelassen, schlagen sie Alarm, wenn jemand nach einem Sturz hilflos auf dem Boden liegt.

Silke Becker

RUMÄNIEN

Siebenbürgen & Moldauklöster

Zwischen wildromantischen Landschaften der Karpaten hat die Geschichte mächtig getobt. Griechen, Römer, Thraker, Ordensritter, ja selbst Siebenbürger Sachsen haben sich nicht nur in sieben gewaltigen Burgen verschanzt. Doch die Legenden der blutsaugenden Herrscher von Dracula bis Ceausescu sind nur noch Kulisse in der neuen Freiheit Rumäniens. Acht Tage voll von Mythen, unberührter Natur und farbenprächtigen Moldauklöstern warten auf Sie. Bine ati venit! – Herzlich Willkommen!



Kloster Sucevita © ANT

1. Tag, Di: Auf nach Transsilvanien

Am frühen Nachmittag Flug mit Lufthansa nonstop von München nach Hermannstadt (Sibiu), wo Sie Ihr Scout am Flughafen empfängt und ins Hotel begleitet. Beim gemeinsamen Abendessen in der Altstadt lernen Sie die Seele Rumäniens kennen.

2. Tag, Mi: Das Herz Siebenbürgens

Citytour durch Hermannstadt: einst „Schutzwall aller Christen“, 2007 Kulturhauptstadt Europas. Ihr Marco Polo-Scout führt Sie durch die mittelalterliche Altstadt über steinerne Wehrringe und Treppengassen zur Lügenbrücke. Wer nicht die Wahrheit, sondern das Schlechte sucht, kann sich in der evangelischen Kathedrale am Grab von Draculas Sohn Mihnea dem Schlechten mit gruseligen Legenden foltern lassen.

MARCO POLO LIVE

Nachmittags Freizeit oder Ausflug ins Dorf Budenbach (Sibiel) (gegen Mehrpreis, Abendessen inklusive). Erst Besuch des Glasikonenmuseums, dann Fahrt zu einem Bauernhof: kurzer Rundgang und langes Abendessen mit festen und flüssigen rumänischen Spezialitäten.

3. Tag, Do: Mittelalterliches Schäßburg

Morgens machen Sie sich auf den Weg gen Norden. Eine kurze Wanderung (ca. 1 Stunde, leicht) bringt Sie zur Kirchwehnanlage von Biertäl (Biertan). Dann nach Schäßburg (Sighisoara): ein lebendiges Museum, dessen mittelalterlicher Charme nicht wegsaniert ist und dessen angestammten Bewohner noch die krummen Häuser und Türmchen der Burg bewohnen! Dazu regiert der Dracula-Kommerz: Besuch des Geburtshauses von Vlad Tepes Draculae.

4. Tag, Fr: Durch die Karpaten

Fahrt nach Bistritz (Bistrita), wo die hübschen Bürgerhäuser Behaglichkeit, die mittelalterliche Stadtfestung mit Wehrmauer Sicherheit ausstrahlen. Weiter geht's durch die bewaldeten Ostkarpaten in das Buchenland (Bukowina) nach Guru Humorului.

5. Tag, Sa: Farbenfrohe Moldauklöster

Tagestour zu vier der schönsten Moldauklöster und ihren Fassadenmalereien. Im Kloster

Moldovita erklärt eine Schwester auch nicht Bibelfesten die Bildererzählungen. Die Himmelleiter im Kloster Sucevita ist ziemlich eindeutig: Wenn an der Himmelstür Christus die Tugendhaften empfängt, wissen Sie ja, wer unten im Höllenschlund wartet ... Auch warum das Kloster Voronet „Sixtinische Kapelle des Ostens“ genannt wird, erkennen Sie auf dem Rundgang sofort. Haben Sie schon an Souvenirs gedacht? In Marginea sind Sie zu Gast bei jenen Töpfern, die die berühmte Schwarzkeramik fertigen!

6. Tag, So: Höllenschlund & Mördersee

Zurück nach Siebenbürgen. Nach Bicz liegen 60 spektakuläre Kilometer vor Ihnen: In der Bicz-Klamm fädelt sich die Straße durch enge Felsen, bis sich am Ende der „Höllenschlund“ auftut: Wandern Sie ihm zwischen den Steilwänden doch etwas entgegen (ca. 1 Std., leicht). Im Roten See ist nach einem Erdbeben ein ganzer Wald ertrunken, doch was ihn zum „Mördersee“ macht, ist von Legenden umrankt. Nachdem Sie Seklerburg (Miercurea Ciuc) passiert haben will die Vergangenheit von Tartlau (Prejmer) entdeckt werden: Besuch der Kirchenburg mit mittelalterlicher Vollausrüstung – inklusive Schießscharten, Pechnasen, Fallgitter und Todesorgel! Tagesziel ist heute Schulerau (Poiana Brasov).

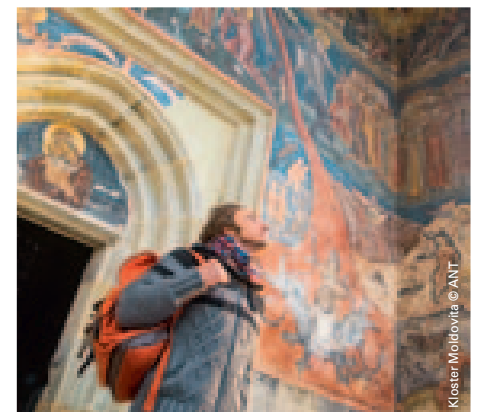
7. Tag, Mo: Zu Gast bei Graf Dracula

In Kronstadt (Brasov) entführt Sie die Vergangenheit diesmal ins Barock. Vorbei an der schmalsten Gasse Europas schlendern Sie zur Schwarzen Kirche. Orientalische Teppiche in einer Kirche? Ihr Scout lüftet das Geheimnis für Sie. Am Nachmittag am besten viel Knoblauch einpacken für die Tour zur Törzburg (Bran), romantische Romanvorlage und Urschloss des

weltweiten Vampir Kults: Fühlen Sie der Wahrheit auf den Zahn ... Zum Abschiedsabendessen gibt es heute neben Spezialitäten auch rumänische Volksmusik.

8. Tag, Di: Heimreise

Vormittags Freizeit zum Ausschlafen und für einen Spaziergang durch den beliebten Wintersportort. Am frühen Nachmittag Fahrt zurück zum Flughafen von Hermannstadt und Rückflug mit Lufthansa nonstop nach München. Individuelle Weiterreise zu den Ausgangsorten.



Kloster Moldovita © ANT

Flug



Im Reisepreis enthalten ist der Linienflug mit Lufthansa (Buchungsklasse T) ab/bis: München Zuschlag € 99,- für Anschlussflug ab/bis: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Leipzig, Münster, Nürnberg

Je nach Verfügbarkeit der angegebenen Buchungsklasse Aufpreis möglich (siehe www.agb-mp.com/flug).

Eine sehr gute Alternative zu innerdeutschen Anschlussflügen ist das im Reisepreis inkludierte „Rail & Fly inclusive“-Ticket 2. Klasse.

Reisepapiere und Gesundheit

Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Reisepass oder Personalausweis. Impfungen sind nicht vorgeschrieben – jeder Teilnehmer erhält mit der Reisebestätigung ausführliche Hinweise zur Gesundheitsvorsorge.





8 Reisetage ab € 899,-

- Mittelalterliches Siebenbürgen
- Wehrtürme und Klosterkirchen
- Die schönsten Moldauklöster
- Leichte Wanderungen
- Nonstop-Linienflüge mit Lufthansa

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Sibiu	20	23	26	25	21	15

Hotels

Stadt	Nächte	Hotel	Landeskategorie	Änderungen vorbehalten
Hermannstadt	2	Continental Forum	****	
Schäßburg	1	Binderbubi	****	
Radauti	2	The Gerald's	****	
Schulerau	2	Rizzo	****	

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance: z. B. den Reiserücktrittschutz oder das Vollschutz-Paket, bei dem u. a. zusätzlich eine Reise-Krankenversicherung inkl. eines medizinisch sinnvollen Kranken-Rücktransports enthalten ist. Weitere Informationen erhalten Sie mit Ihrer Reisebestätigung oder unter www.agb-mp.com/versicherung.

Zahlung / Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,- pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

Reisepreis in Euro pro Person

8 Reisetage Termine 2014	DZ	EZ-Zuschlag
20.05. – 27.05.2014	959	159
03.06. – 10.06.2014	999	179
10.06. – 17.06.2014	999	179
24.06. – 01.07.2014	999	179
01.07. – 08.07.2014	999	179
08.07. – 15.07.2014	999	179
15.07. – 22.07.2014	999	179
29.07. – 05.08.2014	999	179
05.08. – 12.08.2014	999	179
19.08. – 26.08.2014	999	179
02.09. – 09.09.2014	999	179
16.09. – 23.09.2014	999	179
23.09. – 30.09.2014	959	159
30.09. – 07.10.2014	899	139
07.10. – 14.10.2014	899	139

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen
 Höchstteilnehmerzahl: 25 Personen
 Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen).

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt

Im Reisepreis enthalten

- Linienflug mit Lufthansa von München nach Hermannstadt und zurück in der Economy-Class
- 7 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet in guten Mittelklassehotels
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in landesüblichem, klimatisiertem Reisebus
- Deutsch sprechende Marco Polo-Reiseleitung in Rumänien

Und außerdem inklusive

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom deutschen Abflugsort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Willkommensabendessen in Hermannstadt
- Abschiedsabendessen mit Musik in Schulerau
- Eintrittsgelder (ca. € 25,-)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (ca. € 123,-)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Bus- und Bahnfahrten durch CO₂-Ausgleich

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug „Budenbach“ € 19,-
- CO₂-Ausgleich Flüge (Economy) € 9,- (siehe www.agb-mp.com/co2)

lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.



ANMELDUNG / RESERVIERUNG

MittelstandsMagazin-Leserreise RUMÄNIEN

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

Ausflug „Budenbach“

CO₂-Ausgleich Flüge (Economy)

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

Einfach Coupon senden an:
Marco Polo Reisen GmbH
 Postfach 50 06 09, 80976 München

Coupon faxen an:
Fax: 089 50060-405

Information / Reservierung / Buchung:
Tel.: 089 50060-470
groups@marco-polo-reisen.com



Foto: fotolia.com

Geschäftsverteilung schriftlich abfassen

Zur Begründung führte das FG aus, so Dr. Gieseler, der Haftungsbescheid sei rechtmäßig, weil die Inanspruchnahme des Klägers nicht zu beanstanden sei. Der Kläger sei Geschäftsführer und hafte daher als gesetzlicher Vertreter. Er könne sich auch nicht auf die geltend gemachte interne Aufgabenverteilung zwischen ihm und dem Mitgeschäftsführer H. berufen. Grundsätzlich gelte das Prinzip der Gesamtverantwortung eines jeden gesetzlichen Vertreters. Dieses Prinzip verlange zumindest eine gewisse Überwachung der Geschäftsführung im Ganzen. Durch eine entsprechende Geschäftsverteilung könne zwar die Verantwortlichkeit eines Geschäftsführers begrenzt werden. Dies erfordere allerdings eine im Vorhinein getroffene, eindeutige – und deshalb schriftliche – Klarstellung, welcher Geschäftsführer für welchen Bereich zuständig sei.

Vor allem in steuerlichen Angelegenheiten haften Geschäftsführer fast immer gemeinsam

In einem kürzlich vom Finanzgericht Rheinland-Pfalz rechtskräftig entschiedenen Fall ging es um die Frage, ob der Kläger als Geschäftsführer für nicht an das Finanzamt abgeführte Lohnsteuern haften muss.

Darauf verweist Fachanwalt für Erb-, Steuer sowie Handels- und Gesellschaftsrecht Dr. Norbert Gieseler aus der Nürnberger Kanzlei Meinhardt, Gieseler & Partner, Präsident des DUV Deutscher Unternehmenssteuer Verband e. V. mit Sitz in Kiel, unter Hinweis auf die Mitteilung des Finanzgerichts (FG) Rheinland-Pfalz vom 24.02.2014 zu seinem Urteil vom 10. Dezember 2013 - 3 K 1632/12.

Haftung für die Lohnsteuer

Der Kläger und Herr H. waren Geschäftsführer einer GmbH. Im Jahr 2010 wurde für die beschäftigten Arbeitnehmer für mehrere Monate keine Lohnsteuer an das Finanzamt

abgeführt. Da Vollstreckungsmaßnahmen in das Vermögen der Arbeitgeberin (= Gesellschaft) erfolglos geblieben waren, nahm das Finanzamt den Kläger mit einem sog. Haftungsbescheid in Anspruch. Auch Herr H. wurde – allerdings in geringerem Umfang – zur Haftung herangezogen.

Gegen den Haftungsbescheid legte der Kläger Einspruch ein und machte (u.a.) geltend, dass nach der internen Zuständigkeitsvereinbarung nur Herr H. für die Erledigung steuerlicher Aufgaben und somit für die Abführung der Lohnsteuer zuständig gewesen sei. Er – der Kläger – sei auch seiner Überwachungspflicht nachgekommen, indem er sich in regelmäßigen Abständen darüber informiert habe, dass die steuerlichen Pflichten der Gesellschaft erfüllt würden.

Nach erfolglosem Einspruchsverfahren erhob der Kläger Klage, die das FG als unbegründet zurückwies.

Gesteigerte Überwachungspflicht

Im Streitfall fehle es bereits an einer schriftlichen Aufgabenverteilung zwischen dem Kläger und dem weiteren Geschäftsführer. Schon aus diesem Grund sei die geltend gemachte Geschäftsverteilung haftungsrechtlich ohne Bedeutung. Ungeachtet dessen habe der Kläger eine gesteigerte Überwachungspflicht gehabt, weil er gewusst habe, dass sich die Gesellschaft in einer finanziellen Schieflage befunden habe. Sein schuldhaftes Verhalten liege darin, dass er nicht darauf hingewirkt habe, dass die Löhne nur gekürzt ausgezahlt worden seien. Dann hätte nämlich die – auf die gekürzten Löhne entfallende – Lohnsteuer aus dem verbleibenden Geld ordnungsgemäß einbehalten und an das Finanzamt abgeführt werden können.



Foto: fotolia.com

Nicht jeder freut sich über Telefonwerbung. Für Firmen, die die rechtlichen Regeln nicht einhalten, kann sie unangenehme Folgen haben

Was Unternehmer beachten sollten Grenzen der Telefonwerbung

Von Rechtsanwalt Manfred Wagner

Mit Urteil des Landgerichts Düsseldorf vom 19. Juli 2013 verbot das Gericht dem Telekommunikationsanbieter Vodafone, Bestandskunden ohne deren Einwilligung anrufen zu lassen, um für den Abschluss von Festnetzverträgen zu werben. Derartige Telefonwerbung stellt sich aus wettbewerbsrechtlicher Sicht problematisch dar. § 7 Abs. 1 UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) verbietet geschäftliche Handlungen, durch die ein Marktteilnehmer unzumutbar belästigt wird, was insbesondere für Werbung gilt, wenn der Marktteilnehmer diese Werbung erkennbar nicht wünscht.

Dabei soll dieser gesetzlichen Bestimmung eine unzumutbare Belästigung stets anzunehmen sein, wenn gegenüber einem Verbraucher durch einen Telefonanruf geworben wird, ohne dass der Verbraucher ausdrücklich hierin eingewilligt hat; bei anderen Marktteilnehmern als Verbrauchern (also anderen Unternehmern) reicht eine schlüssige Einwilligung aus.

Ohne Einwilligung kein Anruf

Unter der erforderlichen „Einwilligung“ ist die vorherige Zustimmung des Verbrauchers zu etwaigen Werbeanrufen zu verstehen; es genügt also nicht, dass der Angerufene den Anruf im Laufe

des Gesprächs oder nachträglich billigt. Die Einwilligung kann zum Beispiel im Rahmen eines Vertrags erteilt werden, grundsätzlich auch in der Weise, dass dem Verbraucher die Einwilligungserklärung in Form einer Allgemeinen Geschäftsbedingung vorgelegt wird. Natürlich werden an die Wirksamkeit einer solchen Klausel strenge Anforderungen gestellt, da sichergestellt werden soll, dass der Verbraucher in voller Kenntnis der Sachlage entscheidet.

Unabdingbare Voraussetzung ist des Weiteren, dass die Einwilligung des Verbrauchers in künftige Telefonwerbung ausdrücklich erfolgt. So wird z. B. die Angabe der Telefonnummer in einem Bestellformular durch den Verbraucher dahin gehend zu verstehen sein, dass der Verbraucher mit einer telefonischen Kontaktaufnahme zwecks Abwicklung der Bestellung einverstanden ist (z. B. zur Information, dass der bestellte Artikel nicht mehr verfügbar ist, dass es zu einer Verzögerung der Lieferung kommt, usw.). Eine Einwilligung zu Werbeanrufen kann hierin jedoch nicht gesehen werden.

Liegen die Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung durch den Verbraucher nicht vor, sind Anrufe zu Werbezwecken unzulässig. Ein unerlaubter Werbeanruf kann bereits dann vorliegen, wenn der Anruf zwar in erster Linie der Abwicklung eines Vertrags mit einem Verbraucher dient, im Laufe des Gesprächs jedoch zu einer separaten Werbung übergegangen wird.

Fazit:

Die Telefonwerbung gegenüber Verbrauchern unterliegt strengen Anforderungen. Wer solche Werbung betreibt, muss sicherstellen und im Streitfall nachweisen können, dass ihm die erforderliche Einwilligung des Verbrauchers rechtswirksam erteilt wurde.

Grafik: Christina Schröder / x&1



München ist Deutschlands Internet-Hauptstadt

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gibt es hierzulande nirgendwo sonst so viele privat oder geschäftlich genutzte Domains. Wie eine aktuelle Studie des Anbieters 1&1 zeigt, haben 14 von 100 Einwohnern in der bayerischen Metropole eine Web-Präsenz.

Im Unterschied zu den meisten anderen Erhebungen basieren die Ergebnisse nicht (nur) auf einer repräsentativen Stichprobe, sondern auf konkreten Nutzerdaten. 1&1 ist einer der weltweit führenden Registrare und betreibt in seinen Hochleistungs-Rechenzentren insgesamt über 19 Millionen Internet-Adressen. Diese wurden jetzt in einem aufwändigen, nach Privat- und Geschäftskunden differenzierten Verfahren ausgewertet.

Hinter dem Sieger München kompletieren Karlsruhe (13 von 100) und Düsseldorf (12 von 100) das Spitzentrio. Hamburg (11 von 100) und Köln (10 von 100) belegen die weiteren Plätze. Berück-

sichtigt wurden in dem Ranking die 50 größten Städte der Republik – von Aachen bis Wuppertal. Beim regionalen Vergleich fällt ein starkes West-Ost-Gefälle auf. So finden sich im unteren Drittel der Wertung vor allem Städte aus den neuen Bundesländern. Rostock auf Platz 39 schneidet hier noch am besten ab. Dresden, Halle an der Saale, Leipzig und Chemnitz landen hingegen ganz am Schluss der Tabelle auf den Plätzen 47 bis 50.

Karlsruhe top bei E-Mail- und Cloud-Nutzung

1&1 hat außerdem zusammen mit GMX und WEB.DE die Nutzung von E-Mail- und Cloud-Diensten untersucht. Hier hat mit Karlsruhe eine andere süddeutsche Stadt

die Nase vorn. Daneben schaffen es bei den elektronischen Briefkästen Dresden und Münster aufs Treppchen. Platz vier geht an Freiburg, den fünften Platz belegt Kiel. Beim Cloud-Vergleich kann sich Karlsruhe die Pole Position vor Münster und Freiburg sichern. Hoch ist die Nutzung von Onlinespeichern auch in Mainz und Dresden.

In der Kategorie Top-Level-Domains favorisieren die Deutschen – eher wenig überraschend – eindeutig die Endung „.de“. Spannend ist ein Blick auf die weitere Reihenfolge. Besonders beliebte TLDs sind demnach .com, .eu, .net, .org, .info, .biz, .at, .ch sowie .name.

Berliner fliegen auf De-Mail

Firmen und Institutionen, die eine .de-Domain haben, genießen momentan ein exklusives Vorgriffsrecht bei der Wahl einer rechtssicheren De-Mail-Domain. Grund: Der Gesetzgeber möchte ihnen die Möglichkeit geben, im Web über eine rechtsverbindliche De-Mail-Adresse zu kommunizieren, die optimal zu ihrer Internet-Adresse passt. Die Nachfrage nach De-Mail-Domains ist laut 1&1-Studie bislang in der Hauptstadt am größten. Als einer der Vorreiter in Sachen neue Top-Level-Domains bietet die 1&1 Internet AG ihren Kunden die Möglichkeit, aus über 700 nTLDs die persönliche Wunsch-Adresse vorzubestellen. Bisher hat der Provider insgesamt schon mehr als vier Millionen Reservierungen verzeichnet. Die zehn beliebtesten Endungen sind: WEB, ONLINE, SHOP, BLOG, APP, MAIL, SITE, STORE, NEWS und MOBILE.

Thomas Plünnecke



Die Deutschen favorisieren – wenig überraschend – unter den Top-Level-Domains diejenige mit der Endung „.de“

Foto: fotolia.de



Foto: Ingo Bartussek / fotolia.com

Kriminalität im Internet nimmt zu

Formen der Cyberkriminalität reichen von Erpressung über Phishing bis hin zu Hackerangriffen

Cyberkriminalität ist ein weiter Begriff – sie reicht von unterschiedlichen Varianten der Erpressung bis hin zu Hackerangriffen, bei denen geldwerte Daten gestohlen werden. Manche Studien sprechen von einem über 20-prozentigen Anstieg der Angriffe auf Unternehmen im vergangenen Jahr gegenüber 2012. Die höchsten Kosten entstehen dabei durch Cyberangriffe von Insidern, „Denial-of-Service“- sowie „Phishing“-Aktionen. Vorbeugung durch geeignete Schutzmaßnahmen wird daher immer wichtiger. Wenn etwas passiert ist, gehen viele Geschädigte gar nicht erst zur Polizei – denn oft sitzen die Täter bekanntlich im Ausland. Allerdings ist dies manchmal nur scheinbar der Fall, denn allzu einfach lassen sich heute Serverkapazitäten oder Domain- bzw. E-Mail-Adressen im Ausland organisieren. Die D.A.S. Rechtsschutzversicherung stellt einen Fall zum Thema „Cyberkriminalität“ vor.

Erpressung mit „Denial-of-Service“-Attacke

Der spätere Angeklagte hatte sieben Anbieter von Online-Pferdewetten dazu aufgefordert, ihm jeweils bis zu 2.500 Euro zu zahlen. Anderenfalls würde er ihre Internetseiten durch gezielte Überlastung mit Anfragen an

besonders umsatzstarken Renntagen außer Gefecht setzen. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, startete er Angriffe gegen die Anbieter und verursachte dabei Umsatzverluste. Drei der Unternehmen zahlten.

Die vom Angeklagten benutzte Methode: Er mietet bei einem russischen Provider Serverkapazität für 65 US-Dollar im Monat. Von diesem Server aus wählte er sich in einen sogenannten „Bot-Herder“ ein, einen Kontroll-Server, der ein mit Hilfe eines Trojaners infiziertes Netz fremder Rechner steuern kann. Eine Vielzahl infizierter Privatcomputer startete daraufhin Anfragen auf die Web-Seiten der Wett-Anbieter, deren Server abstürzten. Die geforderten Zahlungen wurden mit Hilfe sogenannter „U1-Voucher“ an eine russische Internetadresse des Angeklagten abgewickelt. Dabei handelt es sich um ein anonymes Zahlungsprodukt einer englischen Firma. Der deutsche Urheber der Angriffe wurde jedoch ermittelt. Das Landgericht Düsseldorf stellte klar, dass die hier durchgeführten „distributed Denial of Service“(dDoS)-Attacken als Computersabotage im Sinne von § 303b des deutschen Strafgesetzbuches zu werten sind. Der Angeklagte wurde wegen gewerbsmäßiger Erpressung in Tateinheit mit Computer-Sa-

botage zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. (Landgericht Düsseldorf, Urteil vom 22.03.2011, Az. 3 KLs 1/11)

Password + Fishing = Phishing

Betrüger versuchen, mit gefälschten E-Mails von Banken und anderen Finanzdienstleistern an die Daten der Nutzer zu gelangen.

Ein Phishing-Angriff:

Betrüger schickt E-Mail mit Link auf gefälschte Internetseite, mit verstecktem Schadprogramm oder mit der Bitte um Antwort.



Betrüger baut gefälschte Internetseite, sog. „Spooling“ (Verschleierung)

Nutzer gibt seine vertraulichen Daten wie Passwörter und Kreditkartennummer ein.

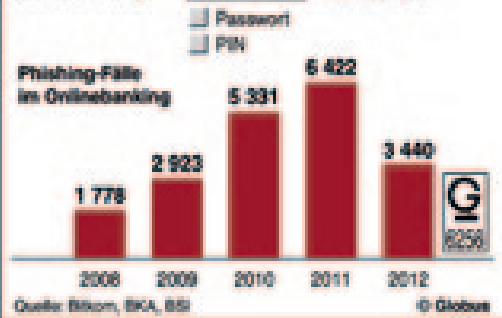


Foto: Marco2811 / fotolia.com

Handlungsbedarf bei Vereinssatzungen

Vergütung an Vorstände nur zulässig, soweit in Satzung verankert



Zahlungen an Vorstandsmitglieder eines Vereins müssen künftig in der Satzung stehen

Von Rechtsanwalt Werner G. Elb

Bei vielen Vereinen besteht Handlungsbedarf für eine Änderung der Vereinssatzung. Dies gilt für alle Vereine, die ihrem Vorstand eine Vergütung zahlen. Darauf weist Rechtsanwalt und vereidigter Buchprüfer Werner G. Elb aus Frankfurt hin.

Die Notwendigkeit für Vereine, hier tätig zu werden, ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes, welches am 21.03.2013 in Kraft getreten ist. Nach diesem Gesetz wird mit Wirkung vom 1.1.2015 in § 27 Abs. 3 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) eine Bestimmung aufgenommen, dass die Mitglieder des Vorstandes unentgeltlich tätig werden. Diese Vorschrift gilt nicht nur für die gemeinnützigen, sondern für alle Vereine.

Ehrenamtspauschale

Eine derartige Bestimmung gab es bisher nicht im BGB. Hintergrund dieser Gesetzesregelung ist eine Auffassung des Finanzministeriums, die ursprünglich nur gemeinnützige Vereine betroffen hat. Dieses ist nämlich seit einigen Jahren der Meinung, dass Vorstände eines gemeinnützigen Vereins prinzipiell nur unentgeltlich tätig sein dürften. Zahlungen für die Tätigkeit als Vorstand konnten daher bereits jetzt zur Aufhebung der Gemeinnützigkeit führen, wenn diese Zahlungen nicht ausdrücklich in der Vereinssatzung

erlaubt worden sind. Dies gilt nach Auffassung der Finanzbehörden sogar für die gesetzlich zulässige Ehrenamtspauschale von 500 Euro im Jahr.

Zu beachten ist dabei, dass dieses Verbot der Zahlungen an Vorstandsmitglieder durch die Aufnahme in das BGB auch für die nicht gemeinnützigen Vereine gilt.

Unbedingt in Satzung verankern

Die neue Bestimmung des ab 1.1.2015 geltenden § 27 Abs. 3 BGB ist allerdings durch die Satzung des Vereins abänderbar. Es handelt sich um eine so genannte nachgiebige gesetzliche Vorschrift.

Würden zukünftig an Vorstandsmitglieder Vergütungen oder pauschale Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, ohne dass eine Bestimmung in der Satzung des Vereins dies erlaubt, wären daher diese Zahlungen ungerechtfertigt. Dies würde sogar gelten, wenn solche Zahlungen durch ein anderes Vereinsgremium oder die Mitgliederversammlung ohne Änderung der Satzung genehmigt würden.

Nicht erfasst von der neuen Bestimmung des BGB wird der tatsächliche Ersatz von Auslagen, die Vorstandsmitglieder haben. Nicht betroffen sind außerdem Zahlungen an andere Mitglieder des Vereins. Erhalten diese für eine Tätigkeit, z. B. als Sportwart (soweit dies keine Vorstandsposition ist) eine Vergütung, wird dies durch die neue Bestimmung nicht berührt.



Foto: Pliopia

Steuerspartipp: Heiraten kann sich lohnen!

Nach § 19 ErbStG gehören unverheiratete Paare in StKl III (Tarif 30 bzw. 50 %, Freibetrag nur 20.000,- Euro), Eheleute aber in StKl. I (Tarif 7 bis 30 %, Freibetrag 500.000,- Euro). In beiden Fällen leben Freibetrag und Tarif nach zehn Jahren neu auf.

§ 3 Abs. 1, Nr. 4 ErbStG unterwirft Versorgungsleistungen aus einem Vertrag des Erblassers der Steuer, gewährt jedoch im Todesfall dem Ehegatten einen Versorgungsfreibetrag von weiteren 250.000,- Euro. Bestimmte Hinterbliebenenrenten – z. B. aus § 63 SGB VII und Bezüge aufgrund des Beamtengesetzes des Bundes – bleiben steuerfrei, letztere unter Kürzung des Versorgungsfreibetrages.

Bei den meisten Ehepaaren wird keine Erbschaftsteuer anfallen, wenn sie auch das selbst genutzte Familienheim und den steuerfreien Zugewinnausgleich (Güterstandsschaukel!) nutzen.

Die Ehe bringt auch bei Ertragsteuern und GrESt Vorteile.

Vermögensverlagerungen können bei risikobehafteten Selbstständigen sinnvoll sein, aber nicht vergessen: Wohnrechte an guter Rangstelle und Rücktrittsrechte bei Schenkungen vereinbaren!

Info:

www.steuerberaterpfeifer.de,
Wolfgang Pfeifer, Berlin

JEEP GRAND CHEROKEE

Der Edle unter den Geländewagen



Foto: Chrysler

Der Jeep Grand Cherokee vermeldet in Deutschland Zulassungsrekorde

Die Marke Jeep ist weltweit und in Deutschland kontinuierlich im Aufwind. Ganz besonders das erst im Sommer 2013 gründlich verbesserte Topmodell Grand Cherokee überzeugt mit seinen hohen Standards bei Technologie und

Qualität täglich neue Kunden – auch diejenigen, die Jeep bisher noch nicht auf ihrer Shopping-Liste hatten. Im Laufe des Jahres 2014 wird Jeep diesen Effekt mit zwei weiteren neuen Modellen verstärken: von Mitte 2014 an bie-

tet das motivierte deutsche Händlernetz das vollkommen neu entwickelte Mittelklasse-Modell Cherokee an und später im Jahr wird Jeep mit einem weiteren neuen Modell in einem besonders populären Segment starten.

Das mit 3.931 Einheiten bestverkaufte Jeep-Modell war das luxuriöse Marken-Flaggschiff Grand Cherokee. Der Grand Cherokee war bei den Kunden so begehrt, dass seine Neuzulassungen trotz eines Modellpflege-Produktwechsels um 25,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zulegten. Durch seine komfortable Ausstattung, sein smartes Aussehen und seinen exzellenten Ruf als Gelände-, Stadt- und Reisewagen mit Preisen ab ca. 45.000,- Euro findet der Cherokee auch in Deutschland immer mehr Freunde.

Günter Kohl

TOYOTA LAND CRUISER → Dauerläufer unter den Geländewagen

Geländewagen sind Dauerläufer. Nicht weniger als ein Dutzend Modellgenerationen hat Toyota in mehr als 60 Jahren aufgelegt. Gerade hat der Hersteller wieder einige Retuschen an der Front vorgenommen und den Innenraum aufgewertet, um den Dauerbrenner frisch zu halten. Eine stabile Fangemeinde hält in Deutschland dem Land Cruiser die Treue.

Die wuchtige, fast 1,90 Meter hohe Karosserie besitzt die typische Kantigkeit, die der Fahrer braucht, um das Auto sicher an Hindernissen vorbei manövrieren zu können. Senkrecht abfallende Kotflügel, Türen und Seitenpartien sind die beste Beulenversicherung. Die neueste Generation des Land Cruisers bietet außerdem Kamera-Augen im Frontgrill und an der Unterseite des rechten Außenspiegels, die zum Beispiel bei unübersichtlichen Grundstücksausfahrten oder Felgen gefährdenden Bordsteinen präzises Rangieren erleichtern. Angezeigt wird das Kamerabild über den Navigationsmonitor, wo auch die Informationen der Rückfahrkamera abgerufen werden können.

Im Innenraum fallen ein neues oberes Au-

dio-Bedienfeld aus gebürstetem Leichtmetall an der Mittelkonsole auf, ein jetzt als 4,2 Zoll großer TFT-Monitor ausgeführtes Multi-Informationsdisplay sowie neue Leder- und Stoffausstattungen in den Farben Schwarz, Beige oder Schwarz/Grau. Unterhalb der Klimatisierungs-Steuerungselemente bietet eine neue Bedieneinheit Zugriff auf die Assistenzsysteme für Straße und Gelände. Das zentrale Element bildet hier ein Drehregler mit Schalt-Funktion, über den sich sowohl das Multi-Terrain-Select-System als auch die geländeabhängige Geschwindigkeitsregelung Crawl Control bedienen lassen. Der Drehregler ist für eine sichere Bedienung auch in schwerstem Gelände

gerändert sowie mit einem beleuchteten Ring und Zeiger ausgestattet. Weil es im Gelände auch mal kräftig wackeln kann, sind überall stabile Haltegriffe in Reichweite.

Seitlich angeschlagene Hecktür

Unverändert blieb Toyota beim Konzept der rechtsseitig angeschlagenen Hecktür. Das hat zweifellos Vorteile im Parkhaus, kann in knappen Parklücken aber auch zum Nachteil werden, denn zur rechtwinkligen Öffnung ragt das Türblatt 1,25 Meter über den hinteren Stoßfänger hinaus. Der Toyota Land Cruiser bietet für seinen Preis ab ca. 40.000,- Euro eine umfangreiche Basisausstattung. G. K.

Foto: Toyota

Der Toyota Land Cruiser ist grundsolide und fürs Gelände gedacht. Für die Stadt ist er zu sperrig



RECHT IM GESPRÄCH ►

Rechtliche Themen beherrschen unseren Alltag und prägen verstärkt das Miteinander im Berufsleben. Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden in loser Reihenfolge ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten, Position beziehen, über rechtliche Kuriositäten berichten oder aktuelle rechtliche Themen vorstellen.

Aber Achtung: Wir wollen und dürfen dabei keine individuelle rechtliche Beratung leisten. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten und Fachanwälten vor Ort. Wir möchten vielmehr für unsere Leser allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

Mütterrente

Die Mütterrente war eines der prägenden Themen im letzten Wahlkampf und den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD. Und jetzt ist sie da, mit allen Konsequenzen. Natürlich ist die Mütterrente eine teure Angelegenheit für den Staat. Sie hat aber auch Konsequenzen für die Väter, genauer: die geschiedenen Väter. Darauf weist der Ausschuss Familienrecht des Deutschen Anwaltvereins hin.

Im Rahmen eines Ehescheidungsverfahrens entscheidet das Familiengericht immer auch über den Versorgungsausgleich, also den Ausgleich der in der Ehezeit erwirtschafteten Rentenanwartschaften. Das Gericht überprüft dabei, wie

hoch die jeweiligen Rentenanwartschaften der Ehegatten sind. Die Anwartschaften werden sodann geteilt. Im Ergebnis erhalten die Ehegatten bezogen auf die Ehezeit dann eine gleich hohe Rente.

Mütter, die ihre Kinder vor dem 1. Januar 1992 geboren haben, sollen jetzt einen Zuschlag von einem Entgeltpunkt pro Kind aus der Rentenkasse erhalten. Davon profitiert möglicherweise auch der geschiedene Mann. Denn wenn für einen in die Ehezeit fallenden Zeitraum nachträglich die Versorgung erhöht wird, verändert das auch den Ausgleichswert im Versorgungsausgleich. Das heißt, nicht nur die Mutter, sondern auch der Ex-Ehegatte kann an dem Versorgungszuwachs teilhaben.

Alte Scheidungsbeschlüsse sollten in jedem Fall noch einmal überprüft werden. Dabei gibt es in der Regel keine Eile, denn der Versorgungsausgleich kann frühestens sechs Monate vor dem Rentenbezug eines der geschiedenen Ehegatten abgeändert werden.

Praxistipp:

Nicht nur im Fall der geplanten Mütterrente, sondern auch generell gilt: Eine Kontrolle des bei der Scheidung erfolgten Versorgungsausgleichs vor dem Renteneintritt des älteren Ehegatten ist durch einen Fachanwalt für Familienrecht stets sinnvoll. Es können sich auch ansonsten Änderungen ergeben haben, die eine Nachkorrektur des Versorgungsausgleichs erforderlich machen.

Anwälte und das Telefax

Das Leben als Anwalt ist nicht immer einfach. Aber Anwälte machen sich selbst und anderen das Leben auch nicht immer leicht. So musste

sich jetzt der Bundesgerichtshof in dritter Instanz mit der Frage beschäftigen, wie ein Rechtsanwalt sicher stellen kann, dass ein Telefax auch den richtigen Empfänger erreicht. Der geneigte Leser möchte „Sendeprotokoll“ rufen, und greift doch zu kurz. Der BGH formuliert des Pudels Kern mit Beschluss vom 10.09.2013 (VI ZB 61/12) wie folgt:

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs muss der Rechtsanwalt bei Versendung von Schriftsätzen per Telefax durch organisatorische Vorkehrungen sicherstellen, dass die Telefaxnummer des angeschriebenen Gerichts verwendet wird. Hierzu gehört, dass bei der erforderlichen Ausgangskontrolle in der Regel ein Sendebericht ausgedruckt und dieser auf die Richtigkeit der verwendeten Empfängernummer überprüft wird, um nicht nur Fehler bei der Eingabe, sondern auch bereits bei der Ermittlung der Faxnummer oder ihrer Übertragung in den Schriftsatz aufdecken zu können. Die Überprüfung der Richtigkeit der im Sendebericht ausgewiesenen Empfängernummer ist anhand eines aktuellen Verzeichnisses oder einer anderen geeigneten Quelle vorzunehmen, aus dem bzw. der die Faxnummer des Gerichts hervorgeht, für das die Sendung bestimmt ist. Diese Art der Ausgangskontrolle soll nicht nur Fehler bei der Übermittlung ausschließen, sondern auch die Feststellung ermöglichen, ob der Schriftsatz auch tatsächlich übermittelt worden ist.



Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser



Sieg der Silberrücken

Hardc., 170 S., 19,90 Euro
Linde Verlag
ISBN 978-3-7093-0520-1

Über allem steht die Frage: „Kann und wird das, was wir heute beruflich machen, uns noch bis zum Ruhestand mit Freude erfüllen?“ Zehn Neustarter werden in diesem Buch vorgestellt: Sie haben die Vielfalt ihrer Chancen erkannt und ihrem Leben beruflich und teilweise auch privat noch einmal eine vollkommen neue Richtung gegeben. Allen, die einen beruflichen Neubeginn erwägen, bietet dieses Buch einen Leitfaden – fundiert und praxisnah.

Business Energy

Yorck von Prohaska
Geb., 200 S., 21,95 Euro
ISBN 978-3280-05505-2
Orell Füssli Verlag

Erfolg im Unternehmen mit einem vertretbaren Maß an Leistungseinsatz: Das ist intelligent und erfordert ein ebensolches Management. Der Berater von Prohaska zeigt in seinem Buch praxisnah und unterhaltend, wie entscheidend eine durchdachte Führungs- und Beziehungskultur für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens ist. Der Autor bietet ein neuartiges Konzept für eine nachhaltige Effizienzsteigerung.



VARTA-Führer 2014

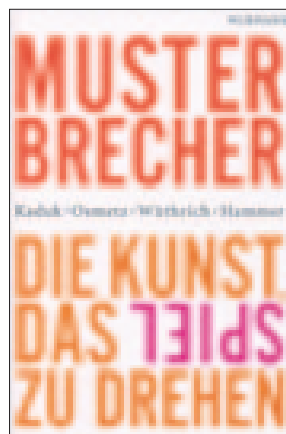
Geb., 1.500 S., 29,99 Euro
Verlag Mairdumont
ISBN 978-3-8297-3536-3

Die 57. Auflage des renommierten Hotel- und Restaurantführers wurde umfangreich aktualisiert. Das Buch empfiehlt in diesem Jahr 7.000 Betriebe quer durch die deutsche Hotellerie- und Gastronomielandschaft. Der Datenteil liefert ausführliche, teils bebilderte Informationen zu den aufgeführten Häusern, hilfreich unterstützen bei der Suche entsprechende Landkarten. Ein Special listet überdies auch 100 Feinkost-Adressen für Schlemmerfreunde auf.

Betriebswirtschaftslehre der Mittel- und Kleinbetriebe

Kart., 515 S., 49,95 Euro
ISBN 9783503154692
Erich Schmidt Verlag

Mit ihren spezifischen Eigenheiten, charakteristischen Stärken und Schwächen unterscheiden sich Mittel- und Kleinbetriebe fundamental von Großunternehmen. Zwangsläufig erfordert daher auch die Führung von Mittel- und Kleinunternehmen eine auf die besonderen Belange dieser Unternehmen zugeschnittene Betriebswirtschaftslehre. Dieses jetzt in 5. Auflage erschiene Standardwerk schließt konsequent zentrale Lücken.



Musterbrecher

Geb. 264 S., 24,90 Euro
Murmans Verlag
ISBN 978-3-86774-267-2

Seit Jahren begleitet das Autoren-Team mutige Manager bei (Führungs-) Experimenten. Über 600 Interviews haben die Forscher und Organisationsberater geführt. Sie kennen die gängigen Denkmuster: Chefs können nicht führen, Mitarbeiter muss man kontrollieren und Fehler sind tabu. Hier sind „Musterbrecher“ gefragt, die bereit und in der Lage sind, aus den gewohnten Klischees auszubrechen und zu experimentieren.

Erfolgreiche Finanzierung von Unternehmen

Geb., 200 S., 29,00 Euro
ISBN 978-3-8028-3887-0
Walhalla Verlag

Liquidität sichern, das Bankgespräch meistern, lautet der Untertitel dieses Buches, denn die Bankgespräche werden nach Basel I, II und III immer schwieriger. Die Turbulenzen an den Kapitalmärkten haben die Risikobereitschaft der Banken gesenkt. Dieses Arbeitshandbuch unterstützt Unternehmen dabei, sich strukturiert, effizient und erfolgreich auf die Kreditvergabe vorzubereiten. Zahlreiche Vorlagen und ein Selbst-Check erleichtern die Arbeit. Ein kostenloser Download als E-Book ist eingeschlossen.



Strategien entwickeln und umsetzen

Hardc., 600 S., 49,- Euro
Linde Verlag
ISBN 978-3-7143-0250-9

Dieses Buch richtet sich sowohl an Studierende als auch an Praktiker und erläutert die Entwicklung und Umsetzung von Unternehmensstrategien sowie die dazu erforderlichen Methoden und Instrumente. Das Konzept ist modular gestaltet und vermittelt das nötige Grundlagenwissen anhand zahlreicher Beispiele. Besonders Augenmerk legen die Autoren auf Praxisnähe und Geschäftsmodelle.

Ein Liberaler, der draußen blieb



Foto: Helmut Lux

Geistreich und ironisch: Der FDP-Politiker und Aschermittwochrédner Bernd Buchholz in Lübeck. An die 100 Zuhörer fühlten sich auf Einladung des rührigen Vorsitzenden Willi Meyer von dem Thema „Mittelstand – erfolgreich trotz GroKo“ angesprochen

„Das Wahlergebnis gibt der FDP Gelegenheit, ein überschaubares und ganz persönliches Verhältnis zu ihren Wählern aufzubauen“, begann der stellv. FDP-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein, Bernd Buchholz, seinen pointenreichen Vortrag vor der MIT in Lübeck. Nach seinem Ausscheiden als Vorstandsvorsitzender der Gruner + Jahr AG hatte der 53-jährige promovierte Jurist und Volkswirt eine zweite politische Karriere, diesmal an der Seite seines Freundes Wolfgang Kubicki, im Deutschen Bundestag geplant. Doch wurde seine Partei „aus dem Parlament gebombt“, und er kam gar nicht erst hinein.

Dieser Knick in der Vita hat dem Selbstbewusstsein des Berliners offenbar nicht geschadet, ist er doch einer der wenigen deutschen Politiker, die nach der Ausbildung und einigen Jahren im Landtag dem Politikbetrieb den Rücken kehrten, um es in 16 Jahren vom Trainee

zum Vorstandsvorsitzenden eines der größten Verlagshäuser weltweit zu bringen. Im Bundestag hätte er mit seinem Pendant Kubicki, „die Fleisch gewordene Zurückhaltung“, im Doppel sicher einiges bewegt. Es kam anders. An der großen Koalition („GroKo = große Kosten“) ließ er aus mittelständischer Sicht kein gutes Haar, auch weil die Union zwar fast die absolute Mehrheit gewonnen habe, aber die SPD regiere. Apropos SPD, ein Bon-

mot zum Schluss: „Andrea Nahles verdanke ich persönlich die Erkenntnis, dass man zur Politik keine erotische Beziehung entwickeln kann.“

G.K.

Mangelware Fachkräfte

Der Geburtenrückgang und weniger in Frage kommende Auszubildende machen sich bei der Suche nach geeigneten Fachkräften immer stärker bemerkbar. Die MIT Stuttgart wählte diesen Themenschwerpunkt für ihren 51. After Business Talk im Kursaal in Bad Cannstatt. Thomas Koch, Vorstandsmitglied der MIT Stuttgart, erläuterte die besondere Betroffenheit der mittelständischen Unternehmen. Denn die kleinen und mittleren Betriebe können Azubis weniger Anreize bieten als Großbetriebe und Konzerne. Dieses Dilemma kann man frühzeitig und in Zusammenarbeit mit Spezialisten bei der Ausbildung lösen. So stellte Geschäftsführer Bernd Umbach die Kooperationsmöglichkeiten mit dem Internationalen Bund (IB) vor und zeigte die zahlreichen Ausbildungsfelder auf.



Aktiv und engagiert gegen den zunehmenden Fachkräftemangel (v.l.n.r.): Thomas Koch und Bernd Umbach

Viel Wind und Druck



Der kaufmännische Werksleiter der Aero Ems GmbH (Enerco), Horst Hoogmann, zeigte den rund 50 Teilnehmern des MIT-Kreisverbandes Meppen die moderne Rotorblattfertigung für Enercon Windenergielagen (WEA) in Haren am Eurohafen. „Wir freuen uns, dass wir diesen Produktionsbetrieb besichtigen können, denn regenerative Energien haben im Emsland einen hohen Stellenwert“, betonte der MIT Vorsitzende Günter Reisner. Am Standort wurden bereits über 200 Rotorblätter produziert, die jeweils 22 Tonnen wiegen und bei rund 240 km/h Höchstleistung enormem Druck und Wind standhalten



Horst Seehofer und Hans Michelbach diskutierten über eine Reihe von Themen, die dem Mittelstand am Herzen liegen

Von Rente über Steuern bis zur Energiewende

MU-Landesvorstand im Dialog mit Ministerpräsident Horst Seehofer

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer hat sich gemeinsam mit Finanzminister Dr. Markus Söder mit dem Landesvorstand der Mittelstands-Union (MU) zum Gespräch in der Münchner Parteizentrale getroffen.

Thema des Gesprächs waren vordringliche Mittelstandsthemen, insbesondere bezogen auf den Koalitionsvertrag und zu grundlegenden Steuerthemen. Die MU sah hierzu besonderen Gesprächsbedarf. Der MU-Vorsitzende Hans Michelbach, MdB, eröffnete die Debatte mit den denkwürdigen Worten: „Eine große Koalition ist für uns Mittelständler nie einfach. Unserer Wirtschaft geht es gut, die Steuereinnahmen sprudeln. Aber wir Mittel-

ständler können nur warnen: Wenn es einem gut geht, macht man die größten Fehler. Das gilt für unternehmerisches Handeln genauso wie für die Politik.“ Bernhard Kösslinger, stellvertretender MU-Landesvorsitzender spitzte zu: „Mittelstand ist vielleicht nicht alles, aber ohne Mittelstand ist alles nichts.“

Bayern ist Vorbild

Der CSU-Vorsitzende nahm sich viel Zeit für eine ausführliche Diskussion mit den Mittelstandsvertretern. Seehofer unterstrich eingangs: „Ich sage immer: Deutschland geht es gut, Bayern geht es besser.“ Die gute wirtschaftliche Entwicklung sei aber keine Selbstverständlichkeit, sondern in jeder Form hart erarbeitet. Die richti-

gen Rahmenbedingungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu setzen sei Aufgabe der Politik. „Bayern ist Vorbild in Sachen Solides Haushalten, und wir sind hier auch im Bund Mahner.“ Man werde bei der Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag akribisch auf die solide Finanzierbarkeit und die finanziellen Auswirkungen achten, dies gelte insbesondere auch für die Rente mit 63. Finanzminister Söder ergänzte: „Unsere Investitionsquote von zwölf Prozent kann sich sehen lassen.“ Bayern steht damit an der Spitze der westdeutschen Flächenländer. Wermutstropfen sei weiter der Länderfinanzausgleich mit über vier Milliarden. Hier müssten dringend Reformen für ein gerechteres System auf den Weg gebracht werden.

Endlich ein Signal für den Mittelstand

Zahlreiche Vorstandsmitglieder äußerten deutlich, aber konstruktiv und strukturiert die derzeitigen aus Sicht der MU vordringlichen Problemlagen. Große Themen waren die Umsetzung der Energiewende sowie die Festlegungen im Koalitionsvertrag zur Rente mit 63 und zum Mindestlohn. Vorstandsmitglied Christine Moser stellte anhand ihres Betriebs die Stromkostenproblematik für mittelständische Betriebe anschaulich vor Augen. Mit Sorge verfolgen die Mittelständler die Pläne zur Rente mit 63 besonders mit Blick auf die Finanzierung – insbesondere angesichts der MU-Forderung nach der Rückführung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge, die keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hatte. Dieser Kredit müsse endlich an die Mittelständler zurückgegeben werden, thematisierten die Mittelständler ihre Forderung. Als ersten Schritt war der MU auf dem letzten CSU-Parteitag eine Entbürokratisierung in Aussicht gestellt worden. Die MU will hier

endlich ein Signal für die Mittelständler.

Der Leiter der AG-Steuerstrukturreform Peter Götz thematisierte insbesondere die Steuerpolitik. Der MU sei es besonders wichtig, auch die großen Linien in der Steuerpolitik in Bezug auf Steuerverein-

fachung und Steuerentlastung herauszustellen, man wolle hier der CSU zuarbeiten. Wichtige Impulsgeber für Investitionen wie die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung und die degressive AfA müssten von der CSU weiterverfolgt werden.



Beim diesjährigen CSU-Aschermittwoch in Passau war auch die MU aus allen Teilen Bayerns stark vertreten

Siegfried Awissus Unternehmer des Jahres 2014



Siegfried Awissus freut sich mit Josef Schmid über den Unternehmerpreis der CSU München

Siegfried Awissus, aktiv in der Münchner MU und Geschäftsführer der Merkle Schweißtechnik GmbH, wurde auf dem Münchner Schwarz-Weiss-Ball der CSU mit dem Mittelstandspreis der CSU München geehrt. Er erhielt den Preis aus den Händen des Bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle unter Schirmherrschaft von Dr. Edmund Stoiber. „Es ist für mich eine große Ehre, diesen Preis zu erhalten. Es ist eine Belohnung für Jahrzehnte harter Arbeit und zeigt, dass sich diese gelohnt haben. Als ich 1981 aus Ansbach nach München kam, hätte ich mir nicht träumen lassen, einmal so weit zu kommen – doch es ist möglich!“ freut sich Awissus über die Auszeichnung. Die Zutaten für

seinen Erfolg beschreibt er als einfach: „Steter Fleiß, die Bereitschaft den Kunden entgegenzukommen und die Qualität unserer Produkte sowie unsere außergewöhnlichen Serviceleistungen haben unseren Erfolg erst möglich gemacht.“

Trotz der Finanzkrise im Jahr 2008 entwickelte sich die Merkle Schweißtechnik GmbH unter der Leitung von Preisträger Awissus zu einem der größten Fachhändler für Schweißtechnik. Die Münchner Firma erwirtschaftet jährlich fast zehn Millionen Euro Umsatz und unterhält Niederlassungen in Landshut und Rosenheim. Darüber hinaus ist die Merkle Schweißtechnik GmbH in Tschechien, Rumänien, Serbien, Kroatien und Italien vertreten.

MIT – Zukunftsflügel der Union

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann, MdB, bekräftigte auf dem Landesmittelstandstag in Mecklenburg-Vorpommern sein Ziel, die MIT zum Sprachrohr für die bürgerliche Mitte in Deutschland aufzustellen. Die MIT müsse sich als Zukunftsflügel der Union ausrichten und mehr Profil gewinnen. Dazu gehöre es auch, nicht mit der eigenen Kritik am Rande zu stehen, sondern auf dem Spielfeld mitzugestalten. Die MIT werde sich in die anstehenden Gesetzgebungsprozesse konstruktiv einbringen. Der wiedergewählte MIT-Landesvorsitzende Dietrich Monstadt, MdB, dankte Linnemann für die

klaren Worte. Der neu gewählte Landesvorstand hat sich viel vorgenommen. Künftig stehen Monstadt als Stellvertreter Caroline Brandt, Heiko Middelhuß und Christian Geier zur Seite. Peter Bauer fungiert wieder als Landesschatzmeister. Birgit Anders, Simone Borchardt, Jörn Gotzsch, Carsten Jantzen, Norbert Jarchow, Gottfried Lücken, Christoph Seite und Claudia Volkmann wurden zu Beisitzern gewählt.



MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann will die MIT als „Zukunftsflügel der Union“ ausrichten



Die MIT Mecklenburg-Vorpommern hat sich neu formiert

Kommission Gesundheitspolitik konstituierte sich

Dr. Rolf Koschorrek bleibt Vorsitzender der Kommission Gesundheitspolitik, sein Stellvertreter Hans-Peter Küchenmeister. Zu Gast war das Mitglied im Bundestags-Gesundheitsausschuss, Dietrich Monstadt, MdB, der nach dem „Struck’schen Gesetz“ - es komme nichts so

aus dem Bundestag heraus wie es hinein gekommen sei - Modifikationen am Koalitionsvertrag in Aussicht stellte. 95 Prozent CDU/CSU-Inhalte in der Gesundheitspolitik reklamierete Monstadt als Erfolg von Jens Spahn.

Global denken. Lokal kaufen.

Unter diesem Motto veranstaltete die MIT Wolfenbüttel ihren Jahresempfang. Der MIT-Kreisvorsitzende Holger Bormann hatte als Gastredner Georg Weber (Geschäftsführer von MKN) gewonnen. In seinem Vortrag betonte Weber Deutschlands Position als Wachstumsspitzenreiter und lobte den Wert der mittelständischen Betriebe für die Gesellschaft. Bürgermeister Pink nahm das Anliegen der regionalen Wirtschaft mit auf den Weg, dass bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren für Bauvorhaben auch der regionale Mittelstand stärker zum Zuge kommen sollte.

Mittelständler zeichnen Kaufleute aus

Zwei Kaufleute hat die MIT in Nettetal und im Kreis Viersen mit der Matthias-Timmermanns-Gedenkmedaille ausgezeichnet. Gewürdigt wurden die Leistungen von Christian Esch aus Lobberich sowie Gerd Herterich aus Kempen. Herterich betreibt den Moses-Verlag in St. Hubert, aus dem er von einem kleinen Kinderbuchverlag in mehr als 20

Jahren ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen mit 16 Millionen Jahresumsatz geformt hat. Christian Esch führt den Familienbetrieb mit einem Supermarkt bereits in dritter Generation. Festredner war der MIT-Landesvorsitzende Hendrik Wüst, MdL. Er sprach von einer der „traditionsreichsten MIT-Veranstaltungen in NRW“.



Die Preisträger und Gratulanten bei der Verleihung der Matthias-Timmermanns-Gedenkmedaille.

MIT Breisgau-Hochschwarzwald

Unter der Leitung der Bezirksvorsitzenden Ruth Bauermann hat die Mitgliederversammlung der MIT Breisgau-Hochschwarzwald Daniel Hackenjos zum neuen Vorsitzenden gewählt. Zu Stellvertretern wurden Klaus Natterer, Thomas Schätzle sowie Bernhard Scherer gewählt. Neuer Kreisschatzmeister ist Marco Reiner, neuer Schriftführer Ulrich Madzek und neuer Pressesprecher Norbert Müller. Als Internetbeauftragter wurde Dr. Carsten Menn benannt. Den Vorstand komplettieren Norbert Bekermann, Klaus Faller, Regina Hägele, Daniel Linen von den Berg, Timo Löffler, Michael Rees und Wolfgang Riesterer als Beisitzer.

MIT Goslar

Neuer Vorsitzender der MIT Goslar wurde der 61jährige Unternehmer Hartmut Prüssner. Stellvertreter wurde Joachim Skorzinski. Ralph Bogisch wurde für weitere zwei Jahre im Amt des Kreisgeschäftsführers bestätigt. Miriam Albers, Siegrun Fuchs und Rudolf Hoppmann komplettieren den Kreisvorstand in Beisitzerfunktion. Zu Gast waren der Goslarer Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk, der MIT-Landesgeschäftsführer Andreas Sobotta und die Braunschweiger MIT-Landesvorsitzende Sabine Kleinke. Dem früheren Kreisgeschäftsführer Otto Fricke, der das Amt vor Jahren schon mehr als 24 Jahre ausübte, wurde die Ehrenmitgliedschaft verliehen.



Neu aufgestellt in Goslar (v.l.n.r.): Rudi Götz MdL, Joachim Skorzinski, Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk, Miriam Albers, Otto Fricke, Harald Prüssner und Sabine Kleinke

MIT Hersfeld-Rotenburg

Die MIT Hersfeld Rotenburg hat einen neuen Kreisvorsitzenden. Der 35-jährige CDU-Kreisgeschäftsführer Andreas Rey erhielt 100 Prozent der Stimmen. Er löst damit den Steuerberater Michael Garde ab, der nicht mehr für das Amt des Kreisvorsitzenden kandidierte. Als Stellvertreter wurde Jürgen Schäfer und als Schatzmeister Kai Eckart gewählt. Beisitzer bleibt Holger Schwaab. Der hessische MIT-Landesvorsitzende Frank Hartmann zeigte sich erfreut über die vielseitigen Pläne des neuen Kreis-

vorstandes. Ziel müsse es sein, die Mitgliederzahlen der MIT kontinuierlich zu steigern.

MIT Rhein-Sieg

Zur Diskussionsveranstaltung mit dem MIT-Landesvorsitzenden Hendrik Wüst, MdL, hatte die MIT Rhein-Sieg auf das Schloss Miel geladen. Das Thema des Abends: „Schwarz-Rot in Berlin & Rot-Grün in NRW: Was bedeutet das für den Mittelstand?“. Wüst ließ keinen Zweifel daran, dass der Mittelstand wohl weder von der rot-grünen Landesregierung noch von der Großen Koalition in Berlin allzu viel erwarten könne. Eine zentrale Aufgabe der MIT in den kommenden Jahre werde es sein, „die ökonomischen Notwendigkeiten wieder deutlich zu machen.“ Wüst: „Zum Anfang des kommenden Jahres hätten die Sozialversicherungsbeiträge und damit die Kostenbelastung der Arbeitsplätze gesenkt werden können.“ Angesichts der geplanten Ausgabensteigerungen des Bundes geschehe das allerdings nicht.



Hendrik Wüst (2. v.r.) zu Gast bei der MIT Rhein-Sieg-Kreis

MIT Northeim

Die MIT Northeim hat Steve Wery zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löste Dr. Jürgen Fiedler ab. Stellvertretende Vorsitzende wurden Dr. Roy Kühne, MdB, und Joachim Stünkel. Jörg Zickfeld wurde für weitere zwei Jahre im Amt des Kreisschatzmeisters bestätigt. Dr. Jürgen Fiedler und Manfred Linner (Einbeck) komplettieren den Kreisvorstand in Beisitzerfunktion.

Peine

In mehr als 25 Jahren sammelte der Peiner Schuster Hans-Otto Regenthal 40 Millionen Paar Schuhe für Bedürftige in aller Welt. Auf Betreiben des 77 Jahre alten MIT-Mitglieds gibt es in Deutschland rund 500 Sammelstellen für alte Schuhe. Mittlerweile findet die Idee auch in verschiedenen anderen europäischen Ländern Unterstützung.



PKM Europe

der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament



Foto: dpa picture alliance

Die Mitgliedsstaaten sollen selbst über die Kosten von Lebensmittelkontrollen entscheiden

Keine Pflichtgebühren für amtliche Lebensmittelkontrollen

Am 20. Februar stimmte der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Berichtsentwurf über amtliche Lebensmittelüberwachung ab. Unternehmen sollen demnach zukünftig für Regelkontrollen zahlen. „Für Unternehmen, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, sind dies unnötige zusätzliche Kosten“, so die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe, Markus Pieper und Markus Ferber.

In einem Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft positionierten sich Pieper und Ferber klar:

„Es ist Aufgabe des Staates, die Lebensmittelüberwachung zu gewährleisten. Wir unterstützen das deutsche Finanzierungssystem, bei dem der Staat lediglich bei anlassbezogenen Kontrollen eine Gebühr erhebt. Auch zukünftig sollen die Mitgliedsstaaten entscheiden, wie sie die Finanzierung ausgestalten. Nur so kann man Subsidiarität wahren.“ Auch sollen die Unternehmer nicht unnötig an den Pranger gestellt werden.

Die Abstimmung in den Ausschüssen stellt noch nicht das endgültige Ergebnis dar. Die Plenarabstimmung ist für den kommenden

April vorgesehen. Bis dahin besteht noch die Chance, Änderungen der Vorgaben im Bereich der Regelkontrollen einzubringen.

Einigung zu Berichtspflichten für Soziales Engagement

Das Europäische Parlament, der Ministerrat und die Kommission einigten sich Ende Februar im Nachgang zum Trilog über die Richtlinie zu Berichtspflichten für Unternehmen über ihr Engagement im Sozial- und Umweltbereich. Börsennotierte und kapitalmarktorientierte Unternehmen sowie Banken und Versicherungen mit mehr als 500 Mitarbeitern müssen demnach nicht-finanzielle Informationen offenlegen. Pieper und Ferber sagten: „Dies ist eine unnötige Regulierung, die große Unternehmen zusätzlich belastet. Wir lehnen diese Berichtspflichten ab.“

„Trotz der Gegner aus dem rot-grünen Lager konnten wir immerhin die Ausnahmen für KMU erreichen, auch wenn dies neue Bürokratie für große Unternehmen schafft“, sind sich Pieper und Ferber einig. Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments muss diesem Ergebnis noch zustimmen.


BAUSTELLE BERLIN
Liebe MIT-Streiter,

time to say good bye, liebe Freunde – am 30. April gehe ich nach 18 Jahren als Hauptgeschäftsführer unserer Vereinigung in den Ruhestand. Damit schließt sich auch die „Baustelle Berlin“ an dieser Stelle. Ich habe Ihnen gern von hier aus berichtet, Sie an meinem Leben und dem Geschehen in der MIT teilhaben lassen, aber alles hat einmal ein Ende.

Fast die Hälfte meines Berufslebens habe ich der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gewidmet – in Düsseldorf, Bonn und dann in Berlin. Geboren in Oberhausen, das übrigens entgegen landläufiger Meinung sehr wohl zum Rheinland gehört, fiel mir der Umzug nach Berlin zugegebenermaßen schwer. Doch die Aufbruchstimmung, die kurz nach der Wende in Berlin herrschte und im Grunde bis heute anhält, die stetige Öffnung dieser Stadt, die immer mehr Menschen aus aller Welt anzieht, hat mich bis heute fasziniert. Die Stadt wird eine BAUSTELLE bleiben – nicht nur wegen des unvollendeten Flughafens, son-

dern auch, weil sie sich ständig fort entwickelt – egal in welche Richtung – sie lebt.

Okay – ich werde künftig zusammen mit meiner Frau in Reutlingen wohnen und die beschauliche Art der Baden-Württemberger, die ja nach eigenem Bekunden alles können außer Hochdeutsch, kennen- und schätzen lernen. Das wird ein Entschleunigungskursus der besonderen Art.

Es ist mir ein großes Herzensanliegen, Ihnen liebe Leserinnen und Leser, Mitglieder und Freunde der MIT, Wegbegleiter über Jahrzehnte, Ratgeber und Kritiker, Ideenspender, Vorstände und Kollegen, Gleichgesinnte und Kampfgefährten, allen MIT-Streitern, die die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft hochgehalten und auch bis in diese schwierigen Zeiten hinein verteidigt haben, von ganzem Herzen zu danken.

Sie, liebe MIT-Streiterinnen und MIT-Streiter, haben mich getragen und motiviert, für Sie habe ich gearbeitet, gestritten, gelitten und manchmal auch gesiegt.

In diesem Sinne bin ich Ihr
Hans-Dieter Lehnen

baustelle@mittelstand-deutschland.de



Hier schrieb
MIT-Hauptgeschäftsführer
Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**
Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU/CSU
Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Fotolia.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Printmedienpartner GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



Mittelstands Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT



*Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard*



- ▶ aktuell und informativ
- ▶ hintergründig
- ▶ meinungsfreudig
- ▶ zielgruppenorientiert

Unsere Leser:

mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com

E-Mail: info@mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
IVW-geprüfte Auflagen-Analyse 3/2013: 40.500 pro Ausgabe
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Kann nicht jeder: Professional Class – Volkswagen für Selbstständige.

** Und für die, die es werden wollen.*



Das Programm für Selbstständige
Unsere Mobilitätsmodule für Ihre Bedürfnisse:
z. B. Wartung & Verschleiß-Aktion • KaskoSchutz • HaftpflichtSchutz
• ReifenClever-Paket • Europa Tank & Service Karte Bonus

Mit Professional Class liegen Selbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmer immer goldrichtig. Denn hier steckt genau so viel Mobilität drin, wie Sie brauchen: Top-Leasingangebot, günstiger Kasko- und HaftpflichtSchutz, attraktive Prämie und starke Service-Module mit enormen Preisvorteilen! Setzen auch Sie auf Kostentransparenz und Planbarkeit – mit Professional Class: ein starkes Paket für Ihre Mobilität.

Jetzt einsteigen und profitieren: www.volkswagen.de/selbststaendige

Kraftstoffverbrauch des Golf Variant in l/100 km:
kombiniert 5,3 – 3,3, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 124 – 87.



Das Auto.